

Ausgabe  
Groß-Berlin

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Eine Regierung sucht ein Programm

## Wirtschaftsbeirat festgefahren

Das Kapital findet nur einen Ausweg: Neue Lohnsenkung um 10%

Berlin, 14. November.

Die am Donnerstag abgebrochenen Beratungen der beiden vom Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung niedergesetzten Ausschüsse haben klärende Ergebnisse insoweit nicht erbracht, als das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, das aus den Beratungen als Grundlage für die neue, für Ende November geplante, Notverordnung hervorgehen sollte, noch gänzlich im Dunkel liegt. Die Schwierigkeiten rühren vornehmlich aus den Verhandlungen des Ausschusses II her, der Vorschläge für die allgemeine Senkung der Zins-Sätze machen sollte. Nun steht aber der Reichskanzler, obwohl er sich in seiner Reichstagsrede vom 13. Oktober für die Zins-Senkung erklärt hat, neuerdings diesem Gedanken sehr wenig wohlwollend gegenüber, wie auch aus seiner gestern in Mainz gehaltenen Rede ersichtlich wird. Die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Reichsregierung auf dem Not-Verordnungswege den überhöhten Zinssätzen zu Leibe gehen werde, ist also durchaus noch nicht entschieden. Die Beratungen des Unterausschusses sind buchstäblich aufgeflogen.

Die Ausarbeitung der für Ende November angekündigten Notverordnung wird durch diesen Zwischenfall erheblich verzögert werden.

Sehr viel schneller scheint der Unterausschuß I mit seinen Arbeiten vorangekommen zu sein. Ihm lag die Aufgabe ob, Vorschläge zur „Angleichung“ der Löhne und Gehälter an die zu senkenden Preise für Markenartikel zu machen und gleichzeitig Mittel und Wege aufzuzeigen, wie die Kartellbindungen gelockert werden könnten.

Der letztgenannten Aufgabe ist dieser Ausschuß, wie uns versichert wird, um keinen noch so kleinen Schritt näher gekommen. Die generelle Senkung der Preise steht noch in

weiter Ferne, während die Lohn- und Gehälter-Senkung um etwa 10 Prozent der gegenwärtigen Sätze so gut wie sicher durchgeführt werden dürfte.

Auch die tariflich festgesetzten Löhne sollen von der allgemeinen Senkung nicht verschont bleiben.

In etwa Wochenfrist wird nunmehr die

Reichsregierung, da die Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirats sich nicht auf ein gemeinsames Programm einigen konnten, dem Wirtschaftsbeirat, der hierzu in einer Vollversammlung vereinigt werden soll, eigene Richtlinien vorgehen; von diesen Richtlinien aus soll dann der Beirat das Wirtschaftsprogramm fertigen stellen.

### Statt Zinsabwertung: Zinsbeihilfe

Ein neues Projekt zugunsten der Grund- und Hausbesitzer

Eben hat der Unterausschuß des Wirtschaftsbeirates, der sich mit dem Preis- und Zinsproblem zu beschäftigen hatte, um die Unterlagen für das wirtschaftliche Winter-Notprogramm der Reichsregierung auszuarbeiten, ~~erbrachte seine Beratungen abgebrochen~~, da der Gedanke einer Zinskonversion in der Öffentlichkeit wenigstens auf den stärksten Widerstand stieß, da melden bereits neue gut fundierte Gerüchte, daß der der Zinskonversion zugrunde liegende Gedanke auf einem Umwege doch wieder erreicht werden soll.

Nach diesen Informationen sollen die ländlichen und städtischen Grund-

besitzer vom Reiche Beihilfen zur Bezahlung ihrer Zinsen erhalten. Diese Beihilfen sollen nicht generell, sondern nach individuellen Bedürfnis gezahlt werden. Die dazu notwendigen Mittel sollen durch eine Steuer auf alle ~~Wirtschafts-~~ Erträge in der Art der Kapitalertragssteuer aufgebracht werden.

Es ist anzunehmen, daß dieses Projekt an dem Widerstand derjenigen scheitern wird, die diese neue Steuern zu bezahlen hätten. Eine solche Subvention des Grundbesitzes würde nur die Gesamtwirtschaft belasten, aber keine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen.

## Was ist der Staat? Staatspolitik oder Klassenpolitik?

Berlin, 14. November 1931

Was Herr Groener über seine verletzte Eitelkeit hinaus (weil man ihn nicht rechtzeitig genug gefragt hat) sachlich gegen die Novembrisrede des sozialdemokratischen Reichsbannerführers Hölttermann einzuwenden hatte, wird ewig sein Geheimnis bleiben. Beim Friedensschluß im Reichsrat hat Herr Groener ja auch erklärt, daß sachliche Differenzen überhaupt nicht vorgelegen hätten. Wie wäre das auch möglich, wo doch Hölttermanns ganze Rede nichts anderes war als eine geradezu

klassische Darstellung der bürgerlichen Staatsanschauung.

Bisher hatte die SPD zwar in der Praxis die bürgerlich-kapitalistischen Staatserfordernisse getreulich durchgeführt; aber sie hatte — man vergleiche etwa das Heidelberger Programm — in der Theorie wenigstens schüchtern und teilweise festgehalten an marxistischen Formulierungen über Charakter und Funktion des Staates. Jetzt ist auch das vorbei.

Hölttermanns offizielle Rede im Rundfunk — vom „Vorwärts“ im Wortlaut veröffentlicht — führt gleich auf den Gipfel des bürgerlich-ideologischen Geschwätzes über den Staat. Er schreibt dem Staat eine „sittliche Natur“ zu, die er an anderer Stelle dahin bestimmt, „die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln“. Also eine Natur, losgelöst von der Existenz der Klassen, außerhalb derselben bestehend; getragen von einer Sittlichkeit, die ihrerseits losgelöst ist von der erdgebundenen Klassenbedingtheit aller menschlichen Existenz. Woher diese überirdische, menschlich nicht bestimmte Sittlichkeit, die dem Staat seine Aufgabe stellt? Hölttermann beantwortet diese Frage nicht. Aber — einmal das Problem so gestellt, wie Hölttermann es stellt — gibt es nur eine Antwort: Ist diese Sittlichkeit nicht menschlichen Ursprungs — denn dann müßte ihre Klassenbedingtheit zugrunde gelegt werden —, so muß man zu ihrer Bestimmung ein sittliches Wesen außerhalb des menschlichen, erdgebundenen Daseins unterstellen: Gott.

Und da steckten wir denn mit der Reichsbannerideologie und sozialdemokratischen Staatspolitik bis über den Scheitel in jener bürgerlichen Begriffswelt, über die Karl Marx — wie wir meinten — für alle Zeit die kämpfende Arbeiterbewegung weit hinausgeführt hat. Es ist die logische Vollendung dieser bürgerlichen Gedankenwelt, wenn Hölttermann demgemäß „diese Entwicklung des Staates aus der Idee in die Wirklichkeit“ fordert. Aus der Idee, aus Gott entsprungen ist der Staat, und uns armen Menschen bleibt nichts, denn als Werkzeuge dieser Idee ihr Gesetz zu erfüllen.

Die Konsequenz solcher Anschauung stellte Hölttermann an die Spitze seines Vortrages. Da schildert er Ludwig Frank als das Vorbild; Ludwig Frank, der es 1914 gar nicht aushalten konnte, bis er in den Krieg ziehen durfte. Diese Schilderung schließt Hölttermann mit folgenden Worten:

„Und wo und wann auch immer deutsche Arbeiter versammelt sind, über ihnen steht das Wort: Politik ist nötig, Leben ist nicht nötig!“  
Leben ist nicht nötig für den Proleten,

## Die Arbeiter hinter der SAP!

Vertreterwahl im Textilarbeiterverband --  
Stimmungsbarometer

Die junge Ortsgruppe Schweizerthal bei Chemnitz der SAP hat bei der Vertreterwahl für die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ihren ersten Erfolg zu verzeichnen. Man wollte die aus der SPD Ausgetretenen nicht wieder aufstellen und zwang sie so, eine eigene Liste einzureichen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Liste der SAP bekam 3 Vertreter, während sich die der SPD mit einem begnügen mußte.

So haben die Arbeiter die richtige Antwort auf die Spaltungsabsichten der Bürokratie gegeben. Auch in Zukunft wird der sachlichen Arbeit unserer Genossen mehr und mehr Erfolg beschieden sein.

### Proleten spielen zum Tanz auf

Frankfurt/Main, 14. November

Bei der Uebertragung von Tanzmusik aus einem hiesigen Café riefen mehrere Leute, die sich um das Mikrophon geschart hatten, plötzlich im Anschluß an ein Musikstück im Chor in das Mikrophon: „Für die Armen! Gegen die Reichen!“ Der Sender wurde vom Ueberwachungsbeamten sofort (aber zu spät) abgeschaltet. Einer der Zwischenrufer wurde festgenommen.

### Das Waffenmonopol bleibt der Bourgeoisie!

Eutin, 14. November.

Wie berichtet, sind hier in der Nacht zum Freitag und am Freitag morgen 27 Reichsbannerleute aus Lübeck festgenommen wor-

den, die zum Teil schwer bewaffnet waren. Auf Antrag der Lübecker Staatsanwaltschaft wurde bereits am Freitag nachmittag im Schnellgerichtsverfahren gegen die Angeklagten verhandelt. Zehn Angeklagte wurden wegen verbotenen Waffenbesitzes zu Gefängnisstrafen von zwei bis neun Monaten verurteilt, während die übrigen freigesprochen wurden, da bei ihnen keine Waffen gefunden wurden.

### Schwerbewaffnete Nazis

Darmstadt, 14. November.

Bei der Anfahrt der auswärtigen Nationalsozialisten zu einer Hitler-Versammlung kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Nationalsozialist erhielt einen Stich in den Bauch, ein anderer einen Schuß in den Fuß. Von der Polizei wurden 205 Nationalsozialisten auf 14 Lastwagen wegen verbotenen Sammeltransportes sistiert. Es wurden bei den Untersuchungen sechs Pistolen, ein Trommelrevolver, Schlagringe, Dolche, ein Gärtnermesser, eine Ahle und ein Fahrradschlüssel beschlagnahmt. Drei Personen (von 205!! — d. Red.) wurden von der Polizei in Haft behalten.

### Hochschutzzoll in Südafrika

(Reuter). Johannesburg, 13. November

Wie verlautet, soll die Regierung der Südafrikanischen Union beabsichtigen, einen Antidumpingzoll auf alle Waren zu legen, die aus Ländern ohne Goldwährung eingeführt werden und somit der südafrikanischen Industrie starke Konkurrenz bereiten.

Das ängstliche Militär. Wegen antimilitaristischer Propaganda wurden vier Matrosen eines Kanonenbootes zu vier Monaten Gefängnis und eine Zivilperson wegen des gleichen Vergehens zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

## Gerüstet!

### Severing hat keine Furcht vor dem Hungerwinter

Severing sagte in einem Interview, das er dem Berliner Berichterstatte des sozialdemokratischen niederländischen Blattes „Het Volk“ gewährte, u. a.:

„Ich bin der Meinung, daß wir den Winter ohne größere Erschütterungen überstehen werden. Die Machtmittel des Staates sind eher verstärkt als geschwächt und darum jedem Versuch, einen Umsturz gewaltsam herbeizuführen, durchaus gewachsen. . . . Man muß leider mit der Tatsache rechnen, daß die Arbeitslosigkeit in den bevorstehenden Wintermonaten noch wachsen wird, wenn auch nicht in dem Ausmaß, das Pessimisten glauben voraussagen zu sollen.“

Also hinein in den Hungerwinter! Severing ist gerüstet, um jede „nervöse Hochspannung“ im Keime ersticken zu können. Was will man mehr? — Nur eine Frage: Wie tief ist die Sozialdemokratie gesunken, wenn sie nur noch mit den „Machtmitteln des Staates“ garantieren kann, daß der Winter „ohne größere Erschütterungen“ überstanden wird!

Und unsere „Abgefundenen“? Der König von Schweden hat mitgeteilt, daß er mit Rücksicht auf die Bestrebungen, alle Staatsausgaben herabzusetzen, von dem nächsten Budgetjahr ab auf 50 000 Kronen von seiner Zivilliste zu verzichten wünscht. Auch der Kronprinz hat einem ähnlichen Wunsch Ausdruck gegeben.



Herr Höltermann? Da sind wir allerdings anderer Meinung! Und wir folgen dabei Karl Marx, der jene Meinung, die Höltermann am 9. November im Rundfunk als die Meinung der heutigen Sozialdemokratie verurteilte, vom Kopf auf die Füße stellte:

Politik ist für den Arbeiter nötig, damit er leben kann!"

Nicht der Realisierung einer phantastischen, gottgegebenen Staatsidee hat der Proletarier sein Leben zu opfern, sondern aller politischer Kampf, alle Geschichte ist Kampf zwischen den Klassen, der Kampf darum, die Gesellschaft zu gestalten nach den Lebensbedingungen der einen oder der anderen Klasse. Diesen Kampf ist alles unterworfen, auch der Staat. Der Staat — so sagt Friedrich Engels in der Einleitung zu Marxens „Bürgerkrieg“ — ist stets nur

das Werkzeug zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere.

Und Engels fügt hinzu: die demokratische Republik nicht minder als die erbliche Monarchie. — Als habe Friedrich Engels den Höltermännern und sozialdemokratischen Staatspolitikern von heute vor einem halben Jahrhundert schon die Antwort geben wollen!

Dieser Staat, entstanden in Klassenkämpfen des Bürgertums gegen die feudale Gesellschaft, ist nicht der Ausdruck irgend einer Idee, nicht die mehr oder minder vollkommene Realisierung irgend einer „sittlichen Natur“ — dieser Staat ist das sehr irdische Werkzeug zur Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie.

Dieser Staat ist nicht Rahmen, sondern Werkzeug und Objekt des Klassenkampfes:

Werkzeug der kapitalistischen Klasse, die in ihm und durch ihn das Proletariat niederhält; Objekt des proletarischen Kampfes, dessen Ziel sein muß, diesen Staat zu sprengen und sich ein neues Werkzeug seiner eigenen Klassenherrschaft zur Unterdrückung der bürgerlichen Klasse zu schaffen.

Nicht eine sittliche Idee verwirklicht diesen Staat, sondern der Staat verwirklicht die sehr reale Klassenherrschaft des Bürgertums über die Arbeiterklasse. Nicht die Idee formt den Staat, sondern die Gesellschaft, deren Machtfunktion der Staat ausübt, formt die Idee der Klassen. Sie umgibt in den Augen der herrschenden Klasse deren Machtinstrument, den Staat, mit dem Glorienschein der „sittlichen Idee“, die vorgibt, über den Klassen zu stehen und außerhalb der Klassen geboren zu sein; und diese selbe Gesellschaft formt im Proletariat die Idee des Kampfes gegen den Staat, die Idee der Sprengung des Staates, die Idee der Revolution.

Zwischen diesen Klassenideen ist schon die Barriere gezogen, die im realen Kampfe selbst zur Barrikade wird. Wessen Politik der Vergottung des Staates, der Unterwerfung des Klasseninteresses unter den Staat dient, dessen Politik dient der Erhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft und damit der Ausbeuter-gesellschaft. Wer der Beseitigung der Ausbeuterherrschaft dienen will, der muß sich entscheiden für die proletarische Idee, für die Revolution.

„Unsere besonderen innerpolitischen Ziele verschwanden (1914, d. R.) angesichts der Gefahr, die ganz Deutschland bedroht.“

Jene „besonderen innerpolitischen Ziele“ — das war das proletarische Klasseninteresse, das die SPD geopfert hat dem „ganzen Deutschland“, d. h. dem Staat, das heißt der Herrschaft der Ausbeuterklasse.

„Wir waren überzeugt“, sagt Höltermann, „daß das Deutschland der Frontkämpfer nach dem Kriege ein freiheitliches, demokratisches Deutschland sein müsse“. Das war die „sittliche Idee“ aus Wolkenkuckucksheim; und man wundert sich nur, daß diese Debatte, in der Marx und Engels längst das letzte Wort gesprochen haben, heute noch einmal auftauchen kann. Heute, da die wirtschaftliche Entwicklung, da die krisenhafte Zuspitzung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktion die Bourgeoisie gezwungen hat, den dünnen Schleier „sittlicher Idee“ herunter zu reißen, mit dem sie in ihres Klassendaseins Mainabüthe ihr Ausbeuterwerkzeug, den Staat, gefällig zu verhüllen sich bemühte. Heute, da nicht nur die Arbeiterklasse so schamlos wie noch nie in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt wird, da darüber hinaus die Kulturerrungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft selbst in vernichtendem Maße abgebaut werden. Heute, da die Bourgeoisie selbst den Glauben an ihre Sendung, ja, den Glauben an die Dauer ihrer Klassenherrschaft, nahezu verloren hat. Heute noch kann die Führung einer Arbeiterpartei in diesem Staat eine „Einheit von einzelnen in einem sittlichen Ganzen“ sehen, — heute, wo in jeder einzelnen Staatsfunktion sich die zentrale Aufgabe des Staates so brutal offenbart, die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu unterdrücken und niederzuhalten.

Das „freiheitliche, demokratische Deutschland“, dessen „Idee“ die Sozialdemokratie 1914 und dann jeden Tag bis heute das proletarische Klasseninteresse opferte — das ist das Deutschland der brutalen Notverordnungen; das Deutschland, in dem es keine Freiheit mehr gibt, sie sei denn polizeilich genehmigt.

„Wir haben gemauert die Fundamente des neuen Staates“, sagt Höltermann. „Und wir wissen“, fährt er fort, „in den Mörten ist gemischt das Blut von Hunderttausenden unserer Gefallenen.“ So ist

# Volksentscheid im Lande Braunschweig

## Die SPD toleriert die Nazi-Regierung aus Angst vor Wahlen

Nirgends hat sich die faschistische Gefahr, die immer noch anschwellende Lawine des Nationalsozialismus, deutlicher und anschaulicher offenbart als es am braunen Sonntag in Braunschweig geschah, wo sich die Söldner des kapitalistischen Wirtschaftssystems zusammengeballt hatten. Ihre Ausschreitungen und Ueberfälle auf die braunschweigische Arbeiterschaft haben die Erbitterung und Empörung der Mas-

sen gegen dieses System und die Diktatorformen seiner Regierung gesteigert. War schon die Beteiligung an der Beerdigung der Opfer des faschistischen Terrors eine gewaltige Demonstration der gesamten Arbeiterschaft, die sich trotz Verbots die Straße nicht streitig machen ließ, so wird der am heutigen Sonntag stattfindende

## Volksentscheid zum Massenprotest

der werktätigen Bevölkerung ganz Braunschweigs gegen den Faschismus und sein reaktionäres Helfertum werden.

Dieser Volksentscheid wird zum Empörungsschrei der durch Brüning'sche Notverordnung und Klagges-Küchenthalsche Ausführungsmaßnahmen entrechteten Arbeiterschaft, — trotz und gegen die Parole der sozialdemokratischen Partei. Sie hat es abgelehnt, sich an „kommunistischen“ Volksentscheid zu beteiligen. In gewundenen Erklärungen wenden sich die Führer der SPD Braunschweigs dagegen. Sie tun das ausgerechnet in der ersten Nummer ihrer Presse, die nach acht tägigem Verbot durch Nazi-Klagges wieder erschien. Nach einem Verbot, das nach Ablauf seiner Wirksamkeit sogar von Groener als unberechtigt bestätigt wurde, verzichten sie auf einen Kampf gegen solche Methoden. Und wie verschlungen das begründet wird!

Die zahlenmäßige Aussichtslosigkeit wird als Hauptgrund für die ablehnende Haltung vorgeschoben. Aber das verfehlt bei einem Großteil der sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr. Wo wäre die Sozialdemokratische Partei, fragen sie, wenn sie in der Zeit ihres aktivsten politischen Einsatzes so argumentiert hätte?

Weiter wird dem Volksentscheid unter-schoben, mit deutlicher Ablenkungsabsicht, die Kommunisten wollten mit ihrer Aktion den Faschismus gar nicht bekämpfen, sondern nur die SPD. Das wird damit belegt, daß sich die zwei Kommunisten im Landtag bei der Wahl des nationalsozialistischen Präsidenten und der reaktionären Regierung der Stimme enthalten hätten. Dabei vergißt die SPD ganz, daß sie

durch ihre Haltung im Aeltestenrat des Braunschweiger Landtags dessen Auflösung unmöglich gemacht

## gegen die Politik der Tolerierung der Nazi-Klagges-Regierung

Aber auch die Kommunistische Partei beweist in ihrer Auffassung des Volksentscheids eine Haltung, die sich weithin mit der SPD deckt und deren Beweisführung eine gewisse Berechtigung gibt. Sieht die SPD im Volksentscheid nur eine Machenschaft der KPD gegen die „einzige Partei, welche die Interessen der Arbeiterschaft“ vertritt, so betrachtet die KPD den roten Volksentscheid ebenso nur als ihre Angelegenheit, nimmt alle abgegebenen Stimmen für sich in Anspruch, wie sie das bereits beim Volksbegehren getan hat — und vergißt, daß die Proletarier zwar ihre Stimmen für den Volksentscheid abgeben, aber damit

noch lange keine Anhänger der KPD werden.

Wiederum erweist sich auch an der Frage des Volksentscheids, wie notwendig die Sozialistische Arbeiterpartei ist. Sie überhört nicht wie die SPD das Drängen der empörten und brüchigen Arbeiterklasse, übersieht aber

auch nicht wie die KPD, daß der Volksentscheid zwar kein parlamentarisches, aber immerhin ein demokratisches Mittel ist, das nicht in jeder Situation ein Mittel des Klassenkampfes sein kann. Der Volksentscheid in Braunschweig allerdings ist ein Mittel, die proletarischen Massen zum Protest gegen Tolerierungspolitik und faschistischen Terror in Bewegung zu setzen. Er ist darum nicht nur eine Aufgabe für die KPD, er ist es ebenso für die SAP, wie er es für die SPD sein mußte.

Die SAP unterstützt den Volksentscheid nach Kräften, da sie darin die Möglichkeit erkennt, die gesamte Arbeiterschaft zu einer gemeinsamen Aktion zu bewegen, einer Aktion, in der sich das „Ja“ für die Auflösung des braunschweigischen Landtags wie ein einziger machtvoller Aufschrei entläßt. Sie fordert zusammen mit der KPD-Opposition und USPD-Braunschweig zur Beteiligung an dieser Aktion auf in folgendem

## Aufruf zum Volksentscheid

### An alle Werktätigen Braunschweigs!

Die letzten Ereignisse im roten Braunschweig reden eine deutliche Sprache.

Hört sie alle, auch Ihr, die Ihr noch der SPD folgt. Erhebt Eure Stimmen zum wuchtigen Protest!

**Stimmt mit Ja!**

KPD-Opposition:

Rudolf Wiesener

Sozialistische Arbeiterpartei:

Max Steinmüller

USPD:

Hermann Mecke

e. s. Das Blut der gefallenen Proletarier hat die Sozialdemokratische Partei in den Mörten mischen helfen, mit dem die Fundamente des neuen Ausbeuterstaates gemauert wurden.

Heute ist der Bau fertig. Und die Mauern — die im Lichte stehen — sind aufgeführt mit einem Mörtel, in den die Sozialdemokratische Partei hat mischen lassen den bitteren Schweiß der Ausbeuteten und das Blut der an den grausigen Entbehrungen zugrunde gegangenen Erwerbslosen, der rachitischen und tuberkulösen Proletarierkinder, und nicht zuletzt das Blut derer, die es wagten, ihre Not auf den Strahlen des Ausbeuterstaates der Welt in die Ohren zu schreien. — Vergossen unter dem Kommando sozialdemokratischer Polizeipräsidenten und Minister.

Fürwahr ein grausiges Haus ist dieser Staat der Höltermannschen „sittlichen Idee“.

Wir haben nichts gemein mit diesem Staat, und wir sind der Meinung, daß die Arbeiterschaft die Ausbeuterwelt mit allen ihren Instrumenten beseitigen muß, um ein anderes Haus zu bauen. Solange die Gesellschaft und der Staat bürgerlich sind, muß allezeit das Klasseninteresse des Proletariats im Zentrum unseres Kampfes gegen diese Welt und diesen Staat stehen. Die SPD kann und will nicht mehr an der Spitze dieses Kampfes stehen. Ihre Führung ist endgültig auf die Seite der Konterrevolution getreten. An der Spitze der revolutionären Kämpfe des klassenbewußten Proletariats marschiert die Sozialistische Arbeiter-Partei!

## Ein Denunziantönchen

„Eine französische Regierung“ — agentur könnte nicht anders auftreten? Wo das steht? Im „Völkischen Beobachter“ natürlich! Falsch geraten! Dann im „Angriff“ des Goebbels oder in der „Deutschen Zeitung“ oder in irgendeinem anderen Hugenbergblatt, das einen Pazifisten oder Sozialisten dem Reichsgericht oder Herrn Groener denunzieren will. Wieder falsch! In der „Roten Fahne“ etwa? Auch da nicht; aber in der „Arbeiterpolitik“, dem Organ der Brandlergruppe. Und attackiert wird ... die SAZ! Weil sie die Frage der Reparationen und internationalen Schulden im Kommentar zur Rede Lansburys so dargestellt hat wie sie ist.

Dagegen polemisieren? Es wäre ein Versuch am untauglichen Objekt. Es genügt, das einmal festzustellen. Gegen gewisse Geisteszustände kämpfen auch Götter vergebens. Dreiviertel des Brandlerblättchens ist tagtäglich voll von plattem Geschimpfe auf die SAP —, das zeigt nur, daß wir reiten. Und im Kampf bellt vergeblich der KPO-Spitz. Lassen wir den politischen Kindern das Vergnügen!

## Brüning und Stegerwald ... Sozialdemokraten!

Es ist erreicht! Brüning und Stegerwald haben jetzt die „richtige Einsicht“. „Brüning und Stegerwald haben sich zu der sozialdemokratischen Ueberzeugung bekannt, daß kein noch soweit getriebener Lohnabbau die deutsche Wirtschaft lebens- und konkurrenzfähig machen kann“. Wer das schreibt? Nun, wer anders als Herr Ernst Heilmann, der sich ja durch politische Prophetengabe von je ausgezeichnet hat. Einst ging er „zum Hindenburg“, jetzt geht er ... ach nein, er ist schon längst angelangt bei Brüning und Stegerwald. Als Morgengabe bringt dieser zum moralischen Richter besonders qualifizierte Herr in seinem sehr „Freien Wort“ einen Schimpfartikel gegen die SAP mit, aus dem wir die erfreuliche Botschaft vom Damaskus der Zentrumsgrößen entnommen haben. Jetzt warten wir nur noch darauf, daß Brüning und Stegerwald die Ehrenmitgliedschaft in der Sozialdemokratie angetragen wird. Keine Sorge, Heilmann wird's schon machen.

## Für die paar Wochen ...

Die preußische Landtagsfraktion der SPD beabsichtigt, wie wir erfahren, für die Nachfolge des verstorbenen Landtagspräsidenten Bartels ihr Mitglied Robert Leinert zur Wahl vorzuschlagen. Leinert war bekanntlich schon früher jahrelang Präsident des Preußenhauses, mußte aber sein Amt zur Verfügung stellen, als aufkam, daß er sich für seinen von dem reaktionären Magistrat gewünschten „freiwilligen“ Rücktritt vom Amt eines Bürgervorstehers (gleich: Oberbürgermeister) der Stadt Hannover durch eine hohe Summe hatte abfinden lassen.

Daß die sozialdemokratische Preußenfraktion diesen Mann nun wieder zu präsentieren wagt, wird auf den Umstand zurückgeführt, daß ihr außer dem jetzt durch den Sklarek-Skandal belasteten Bürgermeister Paul Hirsch-Dortmund keine Persönlichkeit mehr zur Verfügung steht, die zur Leitung der parlamentarischen Verhandlungen befähigt wäre.

Für die paar Wochen bis zur Neuwahl des Preußischen Landtags aber wird Leinert wohl noch reichen ...

## Deutsche Polizei-Demokratie

Das Oldenburger Innenministerium gibt bekannt, daß es sich infolge der verschiedenen schweren politischen Zusammenstöße veranlaßt sehe, für den Freistaat Oldenburg Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel zu verbieten. Außerdem sind die Polizeibehörden angewiesen, Personenfahrten auf Lastwagen, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, bis auf weiteres zu verbieten.

Der „Syndikalist“ (das Organ der Syndikalistischen und Anarchisten) vom 14. November 1931 teilt mit, daß die Nr. 45 (von der vorigen Woche) vom Berliner Polizeipräsident wegen eines Artikels „Zwiebelvariante: Der Papst weint“ beschlagnahmt worden ist.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das in Erfurt erscheinende „Thüringer Volksblatt“, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Groß-Thüringen, Erfurt und angrenzende preußische Gebietsteile, auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Ein Kommando Gothaer Landespolizei führte am Freitag bei Ohrdruffer Mitgliedern der Kommunistischen Partei Haussuchungen durch. Etwa 20 Personen wurden festgenommen.

## Die „Rundtisch“-Konferenz gescheitert

London, 13. November.

Ministerpräsident Mac Donald teilte in der Sitzung des Minderheitenausschusses der englisch-indischen Konferenz mit, daß die Konferenz in den nächsten Tagen zu Ende gehe. Eine Einigung zwischen Hindus, Mohammedanern und Sikhs über die Gemeindefrage konnte nicht erzielt werden.



# Tages-Chronik der SAZ

## „Kriegs-Erinnerung“

Ein Knabe von einer Handgranate in Stücke gerissen

TU. Saarbrücken, 14. November.

Wie aus Metz gemeldet wird, hatte sich ein Unteroffizier als Andenken an seine Dienstzeit eine Handgranate mit nach Hause gebracht und das gefährliche Geschöß auf einen Schrank gelegt. Der zehnjährige Bruder des Unteroffiziers fand die Granate und bearbeitete sie mit einem Hammer. Plötzlich flog das Geschöß in die Luft und riß den Knaben buchstäblich in Stücke. Der Kopf wurde vollkommen zerschmettert. Durch den starken Luftdruck wurde auch die Wohnungseinrichtung zerrümmert.

## Stratosphärenaufstieg im Flugzeug?

(Eigener Bericht der „SAZ“)

W. Seit dem Ballonaufstieg des Professors Piccard in die Stratosphäre haben nun die Junkers-Konstrukteure mit verdoppeltem Eifer an der Fertigstellung des ersten Stratosphärenflugzeuges gearbeitet. Die oberen Luftschichten sollen nunmehr durch das Flugzeug erobert werden. Da in der Stratosphäre, die in etwa zwölf Kilometer Höhe ihren Anfang nimmt, die atmosphärischen Einflüsse ganz andere sind als in den unteren Luftschichten, so mußte man selbstverständlich hierzu ein besonderes Höhenflugzeug konstruieren. Bekanntlich kann auch kein Mensch in der Stratosphäre frei leben, da die Luft immer dünner wird. Man kann also die Stratosphäre nur in einem luftdicht abgeschlossenen Raum befahren, dessen Inneres mit dem notwendigen Sauerstoff versehen wird. Man kann im luftverdünnten Raum, wo sich dem Flugkörper gar keine Hemmungen entgegensetzen, ungeahnte Geschwindigkeiten erzielen.

Wird nun ein Flugkörper, der schwerer als die Luft ist, sich im luftverdünnten Raum halten, ohne abzusacken? Das ist nur dann möglich, wenn man mit erhöhter Geschwindigkeit die Trennwand zwischen Luft- und Stratosphäre durchbricht und die Geschwindigkeit immer weiter steigert. (Anders steht es mit einem Flugkörper, der leichter als die Luft ist, wie z. B. der Piccard'sche Ballon es gewesen ist.)

Sollte das Experiment befriedigend ausfallen, so stehen wir vor einer neuen Ära im Luftverkehr.

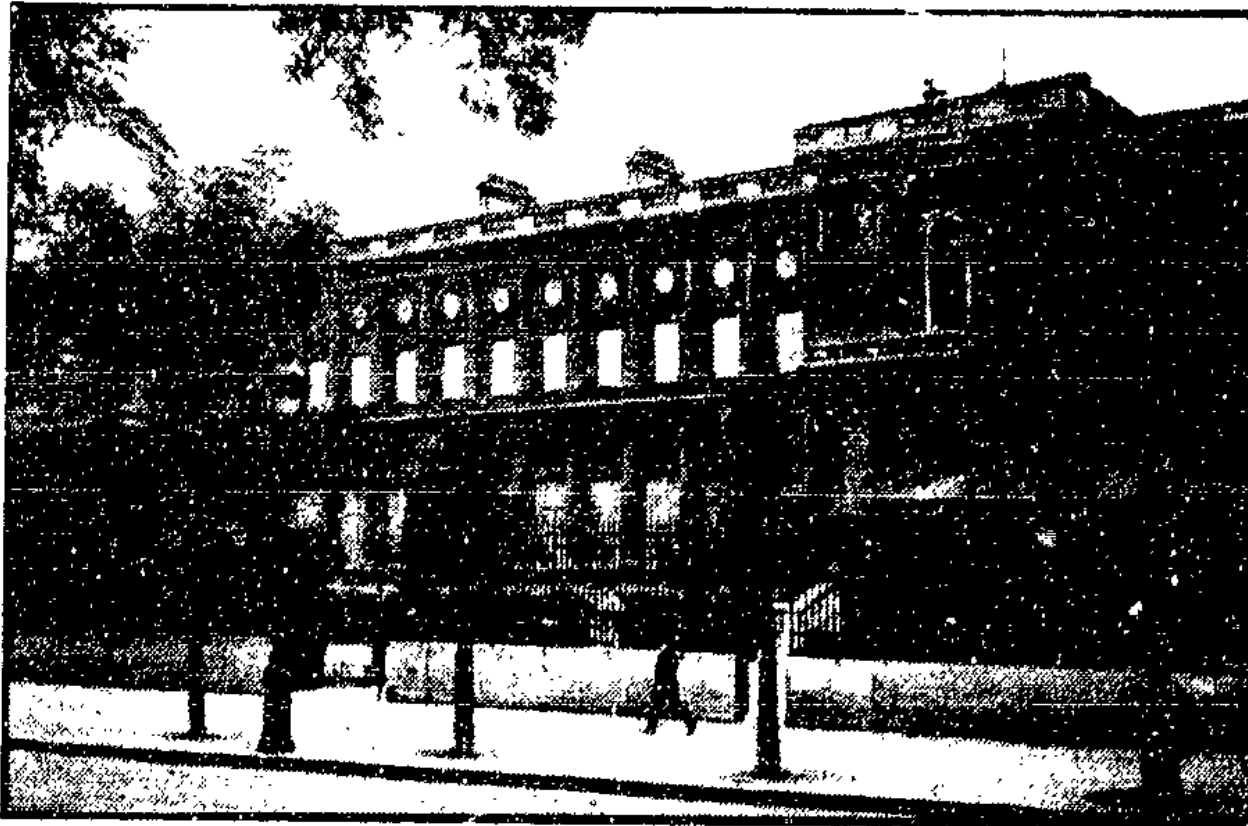
## Großfeuer in Brüssel

WTB. Brüssel, 14. November.

In einer Bäckerei im Innern der Stadt brach gestern abend gegen 12 Uhr aus bisher unbekannter Ursache Großfeuer aus. Zwei Frauen, denen der Weg ins Freie durch die Flammen versperrt war, stürzten sich in ihrer Verzweiflung aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße. Insgesamt mußten fünf Personen ins Krankenhaus geschafft werden, von denen drei ihren Verletzungen erliegen sind. Um zwei Uhr morgens war die Feuerwehr noch mit der Bekämpfung des Feuers beschäftigt.

## Die Kanonen donnern —

— der Völkerbund „verhandelt“!



Das französische Außenministerium am Quai d'Orsay in Paris, wo am 16. Nov. die Mitglieder des Völkerbundes zusammentreten, um über eine Beilegung des bedrohlich verschärften Konfliktes im Fernen Osten zu beraten.

## Walther Victor predigt Volksgemeinschaft

So sieht die „Linke“ der SPD aus!

Walther Victor, Seydewitz' Nachfolger am „Sächsischen Volksblatt“, ist in der Berufungsverhandlung seines Prozesses „wegen Verächtlichmachung religiöser Einrichtungen“ zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Dieses neue Urteil ist ebenso sehr ein Ausdruck der Klassenjustiz wie das erste Urteil, welches Victor zu vier Monaten Gefängnis verdonnert hatte. Aber wir haben Grund, anzunehmen, daß Walther Victor künftig die Zwickauer Staatsanwälte nicht mehr so stark beschäftigen wird.

Victor zeigt sich nämlich neuerdings als ein beredter Apostel der „Volksgemeinschaft“. Er hatte für seinen Prozeß den Gießener Theologen Professor August Messer als Sachverständigen gewonnen. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Aber Victor feiert den Herrn Theologieprofessor in einem Feuilleton des „Sächsischen Volksblatt“ — er feiert ihn als den Prediger der Vermittlung zwischen den Klassen! Folgendes wagt der „Marxist“ Victor seinen Lesern zu servieren:

„Gestern stand er (Messer, Red.) vor den Zwickauer Richtern als Sachverständiger. Vierundsechzig Jahre ist er alt, aber allen Richtern wünscht man seinen jungen Geist. Wie rührend ist die Gestalt dieses Gelehrten!

Wir stolchten noch in der Geschichte der Philosophie als rechte Grünschnäbel

herum, Wandervogel nicht nur der Klüft nach, als uns die blauen Bände begegneten mit seinem Werk. Das ist lange her, seit wir ihm zu Füßen saßen, um die freieste, jüngste Philosophie zu hören, die die bürgerliche Welt ihrer freideutschen Jugend zu bieten hatte. Das ist lange her. Der große Aufrüttler Krieg war noch nicht über uns gefahren.

Und jetzt dieses Wiederschen in der feindseligen Atmosphäre dieses Saales, vor den Schranken dieses Provinzgerichts! Welche rührende Gestalt an der Schwelle des Greisenalters! Und welche Würde doch der hohen Anschauung! Welche Jugendlichkeit des Denkens!

Er spricht den Sachverständigen in der religiösen Formel. Er schüttelt den Kopf, da er gekommen ist, Brücke zu sein zwischen zwei Welten, die sich nicht verstehen. Und er erfüllt die hohe ethische Pflicht, Mittler, Dolmetscher des Verständnisses zu werden in einer so jeden Widerspruch ausschaltenden Weise, daß der sonst so scharfe Staatsanwalt die Schamade bläst: es wird wohl so sein...

Diese Philosophie, vermöchte sie Politik zu werden in diesem Land, — manches wäre anders! Aber die Dialektik der Klassen spricht hier ihr hartes Gebot. Man will sich ja nicht verstecken. Man will nicht Ausgleich. Man will Kampf. Will

Rache. Will Strafe.

Und alle Jahre wird Jesus neu zwischen zwei Halunken gekreuzigt, — der Mensch zwischen Haß und Unverständnis.

August Messer, Professor der Universität Gießen, Prediger in der Wüste.

Eine rührende, liebenswerte Gestalt...

Diese feuilletonistische Traktätchen-weise beleuchtet grell die politische und moralische Katastrophe der SPD-„Opposition“. Nein, die „linke“ SPD will keinen „Kampf“, sie will den „Ausgleich“ mit der Bourgeoisie, sie will brav und fleißig tolerieren.

Wir sind überzeugt, daß das Proletariat in der Zwickauer Gegend die Antwort auf die „rührenden, liebenswerten Gestalten“ um Walther Victor nicht schuldig bleiben wird!

## Ein neuer Schienenzeppelin

Der neue Schienenzeppelin Dr. Krukenbergs, der in Hannover im Bau ist, wird zum kommenden Frühjahr für seine ersten Probefahrten betriebsbereit sein. Er wird sich in vielerlei Beziehung sehr wesentlich vom ersten Modell unterscheiden, mit dem die große Versuchsfahrt Hamburg—Berlin im Juni dieses Jahres erfolgreich durchgeführt wurde. Dr. Krukenberg wird bei dieser Neukonstruktion zwar an zwei Grundprinzipien festhalten, nämlich an der Stromlinienform und an dem Leichtmetallbau seines Schnelltriebwagens, als den Voraussetzungen, die für die Erreichung hoher Geschwindigkeiten von über 200 Kilometer in der Stunde notwendig sind. Dagegen wird die Luftschraube am „Heck“ des Schienenzeppelins bei dem neuen Schnellwagen wahrscheinlich in Fortfall kommen. An die Stelle des Beizmotors, der den Propeller antreibt, soll ein moderner hochoberer Rohlmotor treten, der nicht mehr eine Luftschraube treiben, sondern direkt auf die Räder des Schienenzeppelins wirken wird. Wichtige Änderungen werden auch hinsichtlich der Räder des Schnellwagens getroffen. Der neue Schienenzeppelin würde unter Beibehaltung der Sitzanordnung in Pullman-Form etwa 50 Fahrgästen bequem Platz bieten, so daß der Gedanke einer praktischen Verwertung dieses Schnelltriebwagens seiner Verwirklichung erheblich näher gebracht würde.

## Die schnellste europäische Luftverbindung

Die französische Luftlinie wird in allernächster Zeit eine Luftverbindung zwischen London und Paris herstellen, welche einen Rekord im europäischen Verkehrsleben darstellen dürfte. Während die Flugzeit auf dieser Strecke bisher 2 1/2 Stunden betrug, sind in Zukunft nur noch 95 Minuten dafür vorgesehen.

## „Halogen“ — das 85. Element

Dem amerikanischen Gelehrten Dr. Fred Allison ist — wie offiziell bestätigt wird — die Entdeckung eines neuen Elements, des 85., gelungen. Man schätzt die Zahl der Elemente nunmehr auf 92. Allison nennt das neue Element „Halogen“. Es ist fest und reiht sich in der Atomgewichtsskala unter Fluor, Brom und Jod ein. Man hofft das Element in völlig reiner Form gewinnen zu können.

## Die deutsche Novemberrevolution

(3. Fortsetzung.)

Von GEORG LEDEBOUR

3. Die Auswirkung der Hincusschiebung des Endkampfes.

Wie durchaus zeitgemäß und erfolgversprechend der Vorstoß zur Herbeiführung des Endkampfes am 4. November gewesen wäre, dafür erhielt ich gleich am Tage nach dessen Hintertreibung durch die Spartakisten, also am 3. November, einen überzeugenden Beweis. Es erschien bei mir ein Genosse aus Kiel mit der Mitteilung, daß dort ein Matrosenaufstand ausgebrochen sei, der sofort Erfolg gehabt hätte. Im Einverständnis mit diesen aufständischen Matrosen ersuchten mich die auf unserer Seite stehenden Genossen nach Kiel zu kommen, um dort die Führung der revolutionären Bewegung zu übernehmen.

Es war eine Tücke des Schicksals, daß der Genosse nicht schon am Tage vorher mit Flugzeug zu mir kam, rechtzeitig genug, um die Botschaft von dem Matrosenaufstand in Kiel noch in der Abendversammlung der revolutionären Obleute verwerten zu können. Denn dann hätte sicher niemand mehr gegen das sofortige Losschlagen plädiert. Die Nachricht vom Matrosenaufstand hätte uns auch in Berlin den Sieg erleichtert. Indes die spartakistische Situationsverfälschung war nicht mehr wetzumachen.

Daß unsere Kieler Genossen gerade zu mir das Vertrauen hatten, ich würde bei ihnen die revolutionäre Erhebung zu einem guten Ende führen, rührt daher, daß ich in der letzten Kriegszeit dort mehrere öffentliche Auseinandersetzungen mit Legien, dem rechtssozia-

listischen Vertreter Kiels, gehabt hatte, die durchaus zu meinen Gunsten ausgegangen waren. Indes sagte ich mir, daß die gestrigen Verhandlungen mich nötigten, an Ort und Stelle zu bleiben, damit das Losschlagen hier nicht abermals hintertrieben würde. Ich hatte aber das volle Zutrauen zu dem Genossen Hugo Haase, daß er, obgleich an sich nicht revolutionär gestimmt, doch in Kiel, nachdem dort die Revolution eingeleitet war, seinen Mann stehen würde. Haase willigte auch ein. In Kiel stieß er auf Noske, der von Ebert Jorhin dirigiert war, um die Matrosen wieder unter kaiserlicher Botmäßigkeit zu bringen. Eine Weile schwankte die Waage hin und her; schließlich gewann aber in Kiel die revolutionäre Richtung die Oberhand.

In Berlin hatte zunächst am 4. November die Vereitelung des Endkampfes höchst ungünstige Nachwirkungen. Wenn 50 Teilhaber einer revolutionären Organisation eine halbe Nacht hindurch über die Frage: „Losschlagen oder nicht“ beraten, so muß man darauf rechnen, daß am andern Tag durch böswilliges oder fahrlässiges Ausplaudern Polizei und Regierung erfahren, was da vorgegangen ist. So erließ denn auch bereits am 4. November die Regierung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, der in der kaiserlichen Katastrophenstimmung die Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und David eingegliedert waren, eine Warnung vor Putschversuchen, und der Minister Scheidemann, in der völlig unbersichtigten Annahme,

daß der russische Botschafter Joffe eine revolutionäre Erhebung fördere, ließ, wie er sich nachher gerühmt hat, auf dem Friedrichstraßenbahnhof „eine Kiste platzen“. Es wurden darin russische aufrührerische Schriften gefunden. Die anoch kaisertreue Regierung wies darauf den Botschafter Joffe aus Deutschland aus.

Am 4. November wurde auch der Oberleutnant Walz verhaftet. Walz, der bei den Gardepionieren in Dienst war, hatte sich einige Tage vorher bei mir gemeldet. Er erklärte sich bereit, sich der revolutionären Bewegung zur Verfügung zu stellen. Nach längerer Unterredung sagte ich ihm, ich wolle ihn mit einigen meiner Freunde bekannt machen, mit denen er weiter verhandeln könne.

Wir hatten nämlich mit der Bewältigung der militärischen Aufgaben, die uns im Endkampf erwachsen mußten, einige Genossen besonders betraut, vor allem Däumig, der eine militärische Ausbildung genossen hatte. Auch Barth gehörte zu dieser Gruppe. Diese beiden sowie einige andere Genossen lud ich ein zu einer Besprechung mit Walz. Nach längerer Unterhaltung glaubten jene Genossen denn auch, ihm Vertrauen schenken zu können. Er erteilte ihnen einige militärische Ratschläge und hatte dann auch noch an mehreren Tagen Sonderbesprechungen mit Emil Barth. Walz nahm auch am Sonnabendmorgen an der Vorbesprechung teil, in der mein Antrag auf sofortiges Losschlagen einstimmig angenommen wurde, aber nicht an der Abendversammlung, da er dienstlich verhindert sei. Er wurde am Montagmorgen wegen seiner Beteiligung an einer revolutionären Verschwörung verhaftet. In der Angst um sein Leben plauderte er aus,

mit wem er zusammengewesen war und was er gehört hatte. Wir erfuhren das sofort und mußten nunmehr alle die größte Vorsicht walten lassen.

Einige Tage darauf wurde Däumig auf der Straße verhaftet. Der Genossin Luise Zietz, die in seiner Begleitung war, gelang es noch im letzten Augenblick sich zu retten. An uns Abgeordnete, deren Immunität damals noch respektiert wurde, traute sich die Polizei nicht gleich heran.

Indes, alle diese Unannehmlichkeiten hätten sich vermeiden lassen. Eine weit schwerere Benachteiligung erwuchs uns aus folgendem: Mit den sozialdemokratischen Ministern erfuhr natürlich auch der Vorstand der SPD, daß wir eine Massenerhebung vorbereiteten. Für beide Seiten war es nun von großer Bedeutung, wie die Soldaten sich zur Revolution stellen würden. Da ist es nun das große Verdienst von Otto Wels um seine Partei, daß er dies richtig erfaßte und danach handelte. Er ist in der Woche nach dem 4. November unablässig von Kaserne zu Kaserne gezogen bis in die Nächte hinein und hat fast die gesamte Garnison Berlin, die, wie alle deutschen Soldaten, in jener Zeit in Gärung geraten war, ohne bestimmten Parteilanschaungen zu huldigen, für die Sozialdemokratische Partei gewonnen. Daran hatten unsere militärischen Kapazitäten nicht gedacht, weder Däumig noch Barth, noch Karl Liebknecht. Diese Situationserfassung, durch Wels, ebenso wie die Unterlassungssünde unsererseits, beides Nachwirkungen der spartakistischen Verschleppungsstrategie, haben sich nachher äußerst verhängnisvoll ausgewirkt auf dem Arbeiter- und Soldatenkongreß am 10. November.

(Weitere Artikel folgen.)



# Wirtschaft und Arbeit

## Gewerkschaften und Krise

In den Gewerkschaftshäusern herrscht zur Zeit eine begreifliche Nervosität. Alle ebenso ängstlich wie hartnäckig gehüteten Hoffnungen, daß dem wirtschaftlichen Abstieg bald ein neuer Aufstieg folgen und dieser kalten Nacht ein warmer Sonnentag folgen werde, sind unreparierbar geknickt. Vergebens hält man Ausschau nach der Schwalbe, die den sehnsüchtig erwarteten Frühling kündigt. Es scheint im Gegenteil, daß wir erst dem Höhepunkt der Krise zueilen und daß neue verheerende Stürme im Anzug sind. Unaufhörlich schwillt die Lawine der Arbeitslosigkeit an. Wir nähern uns im Eilschritt wieder der gefährlichen Fünfmillionenziffer, ohne daß sich damit die Hoffnung verbindet, daß diese zugleich auch die oberste Grenze sei.

Es gibt in dieser Zeit der Trübsal indessen auch Optimisten, die Trost darin finden, daß die Arbeitslosigkeit nicht in noch rascherem Aufstieg begriffen sei. Sie vergleichen die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit den Ziffern der gleichen Zeit des vorigen Jahres und verweisen beruhigend darauf, daß die Zunahme in einem erträglichen Verhältnis stehe und keineswegs die einst gefürchteten Schreckensausmaße zeige. Diese Optimisten sind jene Lebensfremden

### Fanatiker der Statistik,

die nur Kurven sehen und keinen Blick für die Wirklichkeit haben. Sie wännen, daß die Ziffer schon alles erschöpfe, und merken nicht die große Verschiedenheit ihres sozialen Inhalts. Diese bald fünf Millionen Arbeitslosen, die die Statistik dieses Jahres ausweist, sind nämlich etwas ganz anderes als jene fünf Millionen, die im vorigen Winter die Arbeitsämter umlagerten. Jene hatten allenfalls noch einige Reservisten aus der Zeit ihrer Beschäftigung, sie waren noch im Genuß höherer Unterstützungen, und vor allem: in ihren Augen lag noch der Glanz des Hoffens auf eine sich bald zum Besseren wendende Zeit. Ganz anders das Fünfmillionenheer dieses Winters! Es verfügt über keine Reservisten mehr und zehrt längst an den allerletzten Beständen. Die Unterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung sind weitestgehend gekürzt und der größte Teil dieser Armee der Verstoßenen ist der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge überantwortet. Sichtbar entweichen dem Körper die Kräfte und mit ihnen auch die der Seele. Die Verzweiflung mit all ihren Begleiterscheinungen findet ein nur allzu reichlich bestelltes Feld.

### Gleichzeitig bewegt sich

#### die Lohnabbaulawine

in unvermindertem Tempo und mit noch ständig wachsender Wucht vorwärts und gesellt zu der schreienden Not der Arbeitslosen eine kaum weniger schreiende der noch in Arbeit Stehenden, gleichgültig, ob es sich um das Fabrikproletariat, um Handwerker, Angestellte, Beamte, Techniker, Ingenieure, Aerzte oder sonstige Akademiker handelt. Das Unternehmertum, erfolgreich unterstützt von Brüning, kennt in seiner Angst vor den schrumpfenden Profiten keine Rücksichten mehr und kann sich auch den Luxus standesunterschiedlicher Behandlung nicht mehr gestatten. Es anerkennt nur noch das Recht des Stärkeren und versucht sich zu retten, indem es die Schwachen dem Verderben ausliefert.

Begreiflich, daß eine solche Zeit die arbeitenden Schichten angestrengter als sonst nach der Hilfe der Gewerkschaften Ausschau halten läßt. Werden sie die Wälle sein, an denen sich die wilden Wogen dieser sozialen Reaktion doch eines Tages zerschlagen, und werden sie sich als ein wirksamer Schutz der Schwachen bewähren? Sie sind im Augenblick deren einzige Hoffnung, und auch, ohne daß dies ausdrücklich ausgesprochen zu werden braucht, mögen die Gewerkschaften die ungeheure Verantwortung ahnen, die in diesen Tagen auf ihnen lastet. Denn dies ist die wahre Situation: der Todesstoß für die Gewerkschaften droht — so ernstlich dieser auch ist — nicht einmal so sehr aus dem geplanten Angriff auf die Tarifburgen, er droht ungleich mehr aus einem allgemeinen Vertrauensschwund, dem die Gewerkschaften heute ausgesetzt sind. Die Arbeiterschaft will endlich von den Gewerkschaften Taten sehen, und sie erwartet diese auch mit um so größerer Berechtigung, als die Gewerkschaften selbst in den vergangenen Jahren nie müde geworden sind, sich und ihre Macht zu rühmen. Versagen die Gewerkschaften darum jetzt, dann schaufeln sie sich eigenhändig das Grab.

Das ist eine ganz selbstverständliche Stimmung, und es wäre eine gräßliche Selbsttäuschung, wollten die Gewerkschaften glauben, ihr mit dem Hinweis auf die Ugunst der Zeit und der finanziellen Schwäche ausweichen zu können. Es gibt wohl niemand, der diese Schwierigkeiten nicht in ihrem vollen Gewicht in Ansatz bringt und der an den tiefen Opfern vorbeischaute, die ein großer gewerkschaftlicher Kampf not-

wendigerweise erfordert. Doch weiß auch jeder, daß

### ersparte Kämpfe nicht zugleich auch ersparte Opfer

bedeuten. Die soziale Reaktion hat schon in ihrem bisherigen Ablauf fürchterliche Beute gehalten, und versagen die Gewerkschaften, dann wird ihr die Arbeiterschaft mit Haut und Haaren ausgeliefert.

Der Eindruck ist allgemein, daß die Gewerkschaften schon viel zu lange gezögert und den günstigsten Zeitpunkt verpaßt haben. Vor allem hat die Krise der finanziellen Rüstung der Gewerkschaften erschreckend Abbruch getan, so daß Kämpfe schon aus diesem Grunde heute schwerer riskiert werden können. Die Einnahmen sind überall stark rückgängig, dieweil gleichzeitig die Ausgaben in die Höhe schnellen. Hier zum Beweise nur die Ziffern der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände für die vier letzten Jahre, nach dem Ausweis des ADGB-Jahrbuchs 1930. Es gestalteten sich (in Millionen Mark) die

	Einnahmen	Ausgaben
1927	182,3	129,5
1928	221,7	189,4
1929	251,4	202,9
1930	231,7	241,2

Aus Ueberschüssen, die in den Jahren 1927, 1928 und 1929 noch 52,8 bzw. 32,3 bzw. 48,5 Millionen Mark betragen haben, ist im Jahre 1930 ein Verlust von 9,5 Millionen Mark geworden, der ohne Zweifel im laufenden Jahre noch beträchtlich weiter angeschwollen ist, da die Krise für die Gewerkschaften im vergangenen Jahre noch gar nicht zur vollen Auswirkung kam. Der Einnahme-Rückgang entfällt fast ausschließlich auf Verbandsbeiträge, während die Mehrausgaben zum weitaus größten Teil durch die Unterstützungsleistungen verschlungen worden sind, deren Betrag allein sich von 1929 auf 1930 von 86,7 auf 123,5 Millionen Mark, also um 36,7 Millionen Mark, gehoben hat. Damit war deren Anteil an den Gesamtausgaben auf 51,2 Prozent gestiegen und hat den auch schon im Jahre 1929 mit 42,8 Prozent auffallend hohen Anteil noch erheblich überholt.

Das „Jahrbuch 1930“ registriert diese Ziffern mit einer sichtbaren Genugtuung, und gewiß wird es niemand einfallen, die Bedeutung dieser gewaltigen Leistungen herabzusetzen, wie man auch die in dem Jahrbuch enthaltene Feststellung durchaus unterschreiben wird: „Viel Elend und Not wurde dadurch gemildert.“ Nur scheint uns mit einer

solchen Bemerkung nicht alles erschöpft zu sein, denn sofort drängt sich auch die Frage auf, ob diese Summen sich nicht besser bezahlt gemacht hätten, wenn sie statt zu Unterstützungen für Arbeitslose, auf die im Jahre 1930 nicht weniger als 63 Prozent der insgesamt ausgezahlten Unterstützungen entfielen, für Arbeitskämpfe verwendet worden wären, wie sich auch weiter die Frage aufdrängt, ob die Gewerkschaften beim Fortgang einer solchen Entwicklung nicht notwendigerweise an einen Punkt gelangen müssen, der ihre

Kampffähigkeit überhaupt in Frage stellt und die Arbeiterklasse zu einem Spielball der Reaktion macht.

Die Berechtigung dieser Sorge könnte allenfalls nur dann bestritten werden, wenn die gegenwärtige Krise zu den raschen Vorgängigkeiten gehörte, nicht aber ein Dauerzustand wäre. Eben diese verschiedene Bewertung der Krise hat uns ja seit ihrem Ausbruch sowohl von den Theoretikern der SPD-Mehrheit wie auch der Gewerkschaften getrennt. Wir haben von Anfang an erklärt, daß diese Krise nicht eine jener Wechsellagen sei, wie sie im Kapitalismus üblich und zwangsläufig geworden sind, sondern eine Krise des kapitalistischen Systems selbst, und daß demgemäß auch die Kampfaktik der Arbeiterorganisationen andere Formen annehmen müsse als bei früheren Krisen. Soweit es sich um die Beurteilung der Krise handelt, ist unsere Auffassung inzwischen ja wohl Allgemeingut geworden, dagegen weicht man den taktischen Schlußfolgerungen noch beharrlich aus und läuft damit Gefahr, die doch unausbleiblichen Kämpfe zu einer Zeit führen zu müssen, da die Voraussetzungen für einen erfolgversprechenden Abschluß verfliegen sind oder aber die Kampfunterschiede in eine Kampfhochzeit verkehrt worden ist.

Schon jetzt ist in dieser Hinsicht erschreckend viel versäumt worden. Kostbare Zeit wurde nutzlos vertan und mit papierernen Protesten statt mit Kämpfen erfüllt. Hier rächt sich furchtbar eine Gemütslage, in die die Gewerkschaften auf Grund einer vollkommenen Verkenntnis der kapitalistischen Entwicklung während der letzten Jahre hineingeraten sind. Nicht zufällig standen sie dem Krisenausbruch vollständig fassungslos gegenüber. Das Wunder der permanenten Prosperität, das ihre Vertreter in Amerika entdeckt zu haben glaubten, saß noch viel zu tief in ihren Köpfen, als daß es mit einem Male herausgeschleudert werden konnte. Die Vorstel-

lung hatte auch eine viel zu verlockende Schönheit, um nicht gleich einem kostbaren Juwel gehütet zu werden. Denn war das geschaut Wunder Wirklichkeit, dann war auch die andere Vorstellung richtig, daß man in den Sozialismus hineinwachsen und der Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital weitgehend entsagen könne, wie

### die Unterwerfung unter das Schlichtungswesen

bis zu seiner Erhebung zu einem Bestandteil der nebelhaften „Wirtschaftsdemokratie“ nur der praktische Niederschlag dieser Vorstellung war. Damit hatten die Gewerkschaften sich aber nicht nur der Möglichkeit beraubt, eine ihren Aktionen günstige Konjunktur voll und restlos zur Hebung des Standards der Arbeitsbedingungen auszuschöpfen, sondern sie traten — was schlimmer und verhängnisvoller war — in die Krise mit einem Heer, das der Kämpfe entwöhnt und dessen Solidarität eben durch das Ausbleiben großer Kämpfe stark beeinträchtigt war. Wahre Klassen-solidarität ist immer nur das Produkt von Kämpfen, in denen die Arbeiterschaft Schulter an Schulter steht und gemeinsam Opfer bringt. Streiks haben darum über den Streitgegenstand hinaus eine hohe erzieherische Bedeutung, die sie immer wieder die Klassenfront schließen. Unmöglich können die Gewerkschaften auf die Dauer dieser Masse entsagen, ohne sich selbst und damit die Arbeiterklasse zu schwächen.

Die Hindernisse und Hemmnisse, die die Gewerkschaften nun auf ihrem Wege finden, sind somit zum weitaus größten Teil ihr eigenes unfreiwilliges Werk. Indem sie fortgesetzt offenen Kämpfen zur Wahrung der in ihre Obhut gegebenen Arbeiterinteressen ausweichen und die Schlichtungsmaschine an Stelle des Klassenkampfes treten lassen, haben sie nicht nur in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Vorstellung von der Notwendigkeit der Organisation erschüttert und dem Indifferenzismus Vorschub geleistet, sondern auch

### Risse in der ökonomischen Front

der Arbeiterklasse insofern auftreten lassen, als Beschuldigungen und Verdächtigungen einen großen Spielraum fanden. Weder hätte die demagogische Agitation der Kommunisten, noch die aus Unternehmern geseigerte Hetze der Nationalsozialisten gegen die Gewerkschaften auf einen derart fruchtbaren Boden fallen können.

Nichts wäre nun aber verkehrter, als jetzt aus lauter Angst vor dem Faschismus nichts zu unternehmen oder sich in der Abwehr auf Kundgebungen zu beschränken. Gerade im Kampf gegen den Faschismus fällt heute den Gewerkschaften die größte Aufgabe zu. Am Inhalt der Lohntüte sind die Arbeiter und Angestellten überall gleichermaßen interessiert. Wird er zur Grundlage offener Auseinandersetzungen genommen, dann kommt die Front Hitlers, soweit sie in die Arbeiterklasse hineinreißt, sofort ins Wanken und wird die Arbeiterschaft zu einer Front zusammengeschweißt, die keine andere Front zu scheuen hat.

Hier liegt die im Augenblick aktuellste Verantwortlichkeit der Gewerkschaften. Die nächste besteht darin, daß man sich klar Rechenschaft darüber gibt, daß die Erringung wirklicher und bleibender Erfolge über den Kapitalismus hinausführt und die Kämpfe bewußt auf dieses Ziel ausgerichtet sein müssen.

### Die einheitliche Linie der Lohnpolitik

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs für die westsächsische Textilindustrie.

Berlin, 14. November.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch für die westsächsische Textilindustrie für verbindlich erklärt, der eine Kürzung der tariflichen Löhne um 5 v. H. vorsieht. Wie die Begründung der Verbindlichkeitsklärung ausführt, bedeutet die Lohnsenkung für die Arbeitnehmerschaft ein schweres Opfer, namentlich im Hinblick auf den großen Umfang der Kurzarbeit. Eine besondere Berücksichtigung der Kurzarbeiter bei der Lohnregelung sei aber nicht möglich, da sonst eine Mehrbelastung der kurzarbeitenden Betriebe eintreten würde, die zu einer Entlassung der Kurzarbeiter und damit zu einer unerträglichen Steigerung der Arbeitslosigkeit und der daraus erwachsenden Lasten führen müßte.

Was die lohnpolitische Einstellung des Reichsarbeitsministeriums im allgemeinen betrifft, so weist dieses darauf hin, daß es den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats nicht vorgreifen könne. Es sei aber damit zu rechnen, daß nach Abschluß dieser Verhandlungen, also voraussichtlich in der übernächsten Woche, die einheitliche Linie der Lohnpolitik wieder klar herausgestellt werden könne.

Nachdem sich jetzt als einheitliche Linie der Lohnpolitik die Lohnsenkung herausgestellt hat, kann man gespannt sein, welche „einheitliche Linie“ in der nächsten Woche die Reichsregierung zeigen wird.

## Die Lehren des Breslauer Metallarbeiterstreiks

Die Breslauer Metallarbeiter haben mit seltener Ruhe und Einigkeit einen ihnen von einem übermütigen Unternehmertum frivol aufgezwungenen Kampf gegen die Herabsetzung ihrer Lebenshaltung geführt.

Dieser Kampf wäre ohne Schlichtungsinstanz und ohne die heimlichen und unheimlichen Kräfte, die hinter und vor den Kulissen für Abwürgung dieses Kampfes gearbeitet haben, sicher mit einem vollen Erfolg der Streikenden beendet worden.

Die Unternehmer erkannten schon in den ersten Tagen des Kampfes, daß Kräfte im Gange sind, die mit allen Mitteln für die Beendigung des Streikes arbeiten. Den Metallarbeitern in Breslau sollen dreimal hintereinander ganz ungeheuerliche Lohnkürzungen gemacht werden.

Der Tariflohn des gelernten Arbeiters in Berlin beträgt gegenwärtig 103 Pfg., der in Breslau 79 Pfg.

Der Hauptstreik ist mit diesem Spruch, der vom Schlichter mit verächtlicher Eile verbindlich erklärt worden ist, noch nicht abgeschlossen.

Durch diesen Spruch erhalten die Akkord- und qualifizierten Lohnarbeiter einen Abzug von 2 bis 11 Pfg. in der Stunde. Ueber den Lohn- und Akkordtarif bringt der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses keinen Abschluß des Schlichtungsverfahrens, sondern nur eine schlechte Formulierung des Vertragungsbeschlusses. Trotzdem hat der Schlichter auch diese Vertagung verbindlich erklärt.

Die Unternehmer verlangen jetzt bei Abschluß des Lohn- und Akkordtarifvertrages, der im Laufe dieses Monats erfolgen soll, weitere Abzüge in Höhe von mehr wie 6 Prozent. Nach der Schaffung eines Lohn- und Akkordtarifvertrages verlangen die Unternehmer sofort wieder ganz empfindliche Verschlechterungen bei Abschluß des Manteltarifvertrages. Es sollen ein Teil der Arbeiter in niedrigere Lohnklassen versetzt werden.

Wenn der Schlichtungsausschuss auch bei der Erledigung der Streitfragen über den Lohn- und Akkordtarifvertrag und über den Mantelvertrag so partiell und einseitig zugunsten

der Unternehmer sich einstellt, wie er es bei der Herabsetzung der Verdienste für Akkord- und hochqualifizierte Lohnarbeiter getan hat,

dann wird die Verelendung bei den Breslauer Metallarbeitern derart, daß sie mit den niedrigen Verdiensten nicht mehr imstande sind, das nackte Leben zu fristen. Das Schlichtungsverfahren hat gezeigt, daß es ein Streikrecht in Deutschland nicht mehr gibt.

Jeder Schlichtungsausschuss und Schlichter ist in der Lage, den Arbeitern in wenigen Tagen das Streiken unmöglich zu machen. Die Schlichtungsstellen werden in Zukunft in all den Fällen, wo die Arbeiter durch den Streik dem Lohnabbau erfolgreich entgegenzutreten können, durch Verbindlichkeitsklärung den Unternehmern zu Hilfe kommen. Die Einseitigkeit, mit der die Schlichtungsstellen in dem Breslauer Kampf den Unternehmern Hilfe geleistet haben, hat bei den Arbeitern stärkste Empörung hervorgerufen. Die Arbeiter sind unter solchen Umständen, wenn sie nicht trotz Verbindlichkeitsklärung weiter streiken können, und wenn sie ihre Kämpfe nicht auf breiter Basis unter Einsetzung aller gewerkschaftlicher Kampfmittel führen, gegenüber dem ungeheuerlichen Lohnabbau der Unternehmer zur Ohnmacht verurteilt. Wenn die Gewerkschaften nicht alles daran setzen, um diesen Zustand zu beseitigen, werden für die Gewerkschaften daraus die allerungünstigsten Folgen entstehen. Die streikenden Metallarbeiter waren am letzten Streiktag so einig und geschlossen wie am ersten. Die Arbeitslosen haben sich mit den Streikenden vollständig solidarisiert. Der Kampfwille dieser Arbeiter ist durch die Machtmittel des Staates in brutaler Weise erstickt worden, aber er ist nicht beseitigt und gebrochen.

Dieser Kampfwille wird wieder hervorbrechen und mit elementarer Gewalt alle die Schranken, Hemmnisse und Kräfte überrennen, die heute noch in der Lage waren, ihn zu hemmen.



## Wie stehen wir zum Völkerbund?

In zwei Artikeln der SAZ vom 4. und 6. 11. wird zu außenpolitischen Fragen, vor allem zum Völkerbund Stellung genommen in einer Weise, die nicht unwidersprochen bleiben darf, wollen wir nicht in die gleichen Fehler verfallen, um derentwillen wir uns von der SPD abgegrenzt haben.

In dem Artikel vom 6. 11. heißt es:

„Es ist gerade die Sache einer kraftvollen, ihrer geschichtlichen Mission bewußten Arbeiterklasse, die kapitalistischen und nationalistischen in jedem Lande derartig niederzuringeln, daß der Völkerbund wirklich der Ausdruck des Friedenswillens der Massen wird und deren gemeinsame Interessen vertritt.“

Wenn es in unserem Aktionsprogramm heißt, daß die SAP keine Illusionen entstehen läßt über den Wert der bürgerlichen Friedensvereinbarungen, so ist zu fragen, ob nicht die in der SAZ vertretene Auffassung einer durch den Kampf des Proletariats möglichen wirklichen Friedensfunktion des Völkerbunds so illusorisch ist, daß der Kapitalismus sich mit einer solchen Ideologie einer revolutionären Partei ausgezeichnet zufrieden geben könnte.

In dem Artikel des Genossen Kleineibst erscheint die Rüstungsfrage unter einem vollkommen falschen Aspekt. Der Nachkriegskapitalismus war darauf angewiesen, sich außerökonomische Machtpositionen zuzuschaffen, die in dem Augenblick in Aktion zu treten haben, wo die ökonomischen Möglichkeiten — wie es in der gegenwärtigen Krise weitgehend der Fall ist — versagen und der Zusammenbruch erfolgen müßte. Darum das stete Wachsen des organisierten Faschismus unter innigster Protektion der entscheidenden Kreise der Schwerindustrie, darum die Kriegsrüstungen in allen Ländern der Erde.

Die in der Paneuropabewegung bisher deutlich gewordenen Tendenzen lassen sich vielleicht so formulieren: Verfestigung des Bestehenden in Europa unter Vorherrschaft Frankreichs.

Nach der Ansicht des Genossen Kleineibst handelt es sich bei der Rüstungsfrage in Frankreich um Maßnahmen des „um seine Sicherheit besorgten französischen Volkes, das, im tiefsten friedfertig, seine Ruhe haben will“. So die Frage stellen, heißt subjektive Faktoren des gewiß nicht abzustreitenden guten Willens an Stelle der tatsächlich wirksamen objektiven

Machtverhältnisse und ihrer Funktionen setzen.

Der Weltkrieg brach 1914 gewiß nicht aus, weil die Völker im Blutrausch lechzten, sich gegenseitig zu vernichten, er brach aus, weil der internationale Kapitalismus ihn als Lösung brauchte, und dieses objektive Muß war stärker als alle Friedenswille.

Der heutige Kapitalismus, dessen Struktur entscheidender noch das Problem immer größerer Krisen aktualisiert, zwingt die Völker zu Rüstungen, die eine neue Lösung aus einer ausweglosen Situation durch einen neuen Krieg vorbereiten sollen.

Welche Rolle spielt nun in diesem Zusammenhang der Völkerbund?

Dem Marxisten, dem die Krisen des kapitalistischen Systems als notwendige auf Grund seiner inneren Struktur erscheinen, stehen die Rüstungen der kapitalistischen Länder in diesem objektiven Zusammenhang. Und darin haben sie, gleichviel an welcher Stelle der Welt, die Aufgabe, das System zu erhalten, den Konkurrenz- und Vernichtungskampf, den die Fortexistenz des Kapitalismus erheischt, zu führen.

Wenn man die innere Notwendigkeit dieser Entwicklung sieht, ist es utopisch anzunehmen, diese Widersprüche könnten durch eine vom Kapitalismus geschaffene Institution, wie dem Völkerbund, überwunden werden. Denn Ueberwindung würde hier bedeuten Aufheben des kapitalistischen Systems. Wenn die „kraftvolle, ihrer geschichtlichen Mission bewußte Arbeiterklasse“ die kapitalistischen Gegensätze in jedem Lande wirklich niedrigerungen haben wird — wie es der Verfasser für eine fruchtbare Friedensarbeit des Völkerbunds voraussetzt —, dann wird das Proletariat erreicht haben, worum wir kämpfen: den Sturz des Kapitalismus. Und dann dürfte es wohl keinen „Völkerbund“ mehr geben als jenes typische Produkt kapitalistischer Kompromißpolitik, das nur die Funktion hat, Gegensätze zu verschleiern, da keine Möglichkeit besteht, sie aufzuheben.

Die SPD hat ihre Politik 14 Jahre lang damit begründet, daß man den Staat unter sozialistischen Einfluß stellen müsse. Diese Politik mit ihren grauenhaften Ergebnissen hat uns von der alten Partei geschieden. Wir müssen uns hüten, in denselben Fehler zu verfallen!

Erfolg, und zwar am dauernden. Wenn der zu spüren ist, so kommt die Zeit, wo Demokratie und Diktatur von selbst zusammenfallen: bei breiter Massenbasis äußert sich deren Macht so, daß der Gegner — hier wäre es der Kollektivkapitalismus der Trustmagnaten — immer über eine Diktatur schimpfen wird, so schlimm, wie sie noch nie dagewesen sei, je wirksamer man ihm seinen Raub aus den Fängen gerissen hat.

## Für den deutschen Rätestaat

Von Hibo.

Als im Jahre 1919 aus der „konstitutionellen“ Monarchie Wilhelms des Letzten die „demokratische“ Republik Eberts des Ersten „gemacht“ wurde, blieben Struktur und Gewaltenaufbau des alten Staates unverändert erhalten. Durch ein „demokratisch“ beschiedenes Parlament wurde in der Gesetzgebung und bei der Regierungsbildung eine sogenannte Mitarbeit der Arbeiterklasse möglich. Die Verwaltung und Rechtsprechung sowie die Exekutivgewalten der Polizei und des Militärs blieben jedoch von der Parlamentarisierung und Demokratisierung und damit von der sogenannten Mitarbeit der Arbeiterklasse unberührt. So kam es denn, daß im neuen „Volksstaat“ (wo angeblich die Staatsgewalt vom Volke „ausgeht“) die von der Arbeiterklasse beeinflussbare und beeinflusste parlamentarische Gesetzgebung und Regierung von vornherein und andauernd von den „autonomen“ Staatsgewalten der Verwaltung und Rechtsprechung sabotiert und korrigiert worden sind. Sowohl die Verwaltung und die Rechtsprechung, wie auch die Polizei und das Militär blieben dank der Autonomie im Staatssystem der „getrennten Gewalten“ soziologisch an das Bürgertum gebunden (das Sein und Werden der Staatsfunktionäre spielte sich ab im System der bürgerlichen Bildungs- und Berufseinrichtungen). Mit der Stabilisierung und Verstärkung der bürgerlichen Klassenmacht im demokratischen Volksstaate nahm gleichzeitig der Einfluß der Arbeiterklasse in dem einzigen „demokratischen“ Staatsorgan, im Parlament, ab (die Bildung der Volksmeinung und die Wahl der Volksvertreter unterstand nach wie vor der wirtschaftlichen Klassenmacht des Bürgertums).

Wir konnten weiterhin im Verlaufe einer dreizehnjährigen Praxis „sozialdemokratischer“ Volksvertreter (die als Minister und hohe Ministerialbeamten zu Amt und Würden kamen) erleben, wie unter stillschweigender Duldung oder eifriger Mitwirkung dieser „Genossen“, eine intensive Vervollkommnung und Festigung der vom „demokratischen“ Parlament unabhängigen „vollziehenden Gewalten“ (Verwaltungsbürokratie, Polizei und Militär) eingetreten ist. Gleichzeitig wurde unter Duldung und Mitwirkung der „staatsmännischen“ Sozialdemokraten die „demokratische“ Staatsgewalt des Parlaments nicht nur andauernd beschnitten, sondern sogar noch ausgeschaltet („in Urlaub geschickt“). So erleben wir heute gerade, wie die Macht des bisher gesetzgebenden und bisher mit gewissen Kontrollrechten in Verwaltung und Rechtsprechung ausgestatteten Parlaments durch die vom Parlament sozusagen unabhängig gewordene Regierung verdrängt worden ist, und wobei die hohe Ministerialbüro-

kratie faktisch allein regiert (siehe die „Notverordnungen“). Und wir erleben heute weiterhin, wie die „vollziehenden Gewalten“, die Polizei und das Militär, in einer Hand im Regierungsdirektorium zusammengehalten werden — gegen den „inneren Feind“, die Arbeiterklasse. Angeblich sollen die von den „dummen Wählermassen“ verursachten, im Parlament eingetretenen Funktionsstörungen gemildert und beseitigt werden — wie uns die staatsweisen Sozialdemokraten erzählen.

Aber auch dann, wenn im „demokratischen“ Volksstaat der ursprüngliche Zustand im Gewaltenaufbau wieder einmal eintreten sollte (es gibt viele linke SPD-Genossen, die an diese rückschreitende Vorwärtswentwicklung glauben!), auch dann wird die Arbeiterklasse noch nicht in den alleinigen Besitz der gesamten Staatsgewalt der „gewaltenteiligen“ Republik kommen können. Die zur Einflußnahme der Arbeiterklasse notwendige Parlamentarisierung und Demokratisierung der Verwaltung und Rechtsprechung, der Polizei und des Militärs scheitert an der soziologischen Gebundenheit der Staatsbürokratie am Bürgertum. Und in dem Moment, wo die Arbeiterklasse einmal die Parlamentsmacht in die Hände bekommen sollte, wird das Bürgertum unverzüglich und bedenkenlos das „rote“ Parlament aus der Staatsfunktion ausschalten, um mittels der ihm verbliebenen Polizei-, Militär- und Justizgewalten den ihm genehmen „faschistischen“ Staat zu organisieren. Das neu zu bildende oberste Organ dieses neuen Staatsgefüges, ein sog. „Fachmänner-Direktorium“, hat es dann leicht, die mit ihm soziologisch verbundene alte Ministerialbürokratie sofort in den Dienst zu nehmen. Und auch die subalterne Bürokratie wird sich diensteifrig der „neuen Volksregierung“ unterstellen. —

Die Arbeiterklasse müßte nun in dem Moment, wo das Bürgertum sich anschickt, die „rote“ Parlamentsmacht auszuschalten und die ihm verbliebenen Staatsgewalten zu einem neuen Regierungs- und Staatssystem zu organisieren, kurzerhand diese restlichen Staatsgewalten zerstören und unschädlich machen. Gleichzeitig müßte sie den ihr verbliebenen Parlamentsrumpf zur Regierungsmacht ausbauen, die gleichzeitig die gesetzgebende und vollziehende Gewalt und gleichzeitig Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung in sich vereinigt. Dabei wird es möglich sein, aus den Resten der Verwaltungs-, Justiz-, Polizei- und Militärorgane unter Ausmerzung stark bürgerlicher Elemente und Auffüllung mit proletarischen Elementen neue vollziehende und ausführende Staatsgewalten zu bilden, die jedoch der direkten Kontrolle der Arbeiterregierung unterstehen müssen. Die provisorische Arbeiterregierung wird späterhin einer verfassungsmäßigen Arbeiterregierung Platz machen, die sich als direkter Ausdruck der politischen Macht der Arbeiterklasse konstituieren muß. Diese neue Regierungs- und Staatsbildung — wir können die Dinge hier beim richtigen Namen nennen — liegt im politischen Räte-system.

Der Aufbau und Ausbau dieses Räte-systems wird selbstverständlich von den gegebenen spezifisch deutschen Verhältnissen bedingt — es kann sich hierbei nicht um eine bloße Kopie des russischen Sowjetsystems handeln. Die machtpolitischen Verhältnisse der Klassen und die organisatorischen Verhältnisse der Arbeiterklasse sind in Deutschland andere als in Rußland im Jahre 1917.

## Demokratie oder Diktatur oder — Energie?

Von

Otto Lehmann-Rußbüldt.

Seit Jahren höre ich den Streit, ob Demokratie oder Diktatur das richtige Rezept sei, um die „politische Macht“ zu erobern und zu behalten. Ich „fluchte schon immer verstoßen drauf“ und will es auch einmal laut tun.

Manche Wirrnis würde schwinden, wenn man sich die Worte selbst erst einmal klar-machte. Anstatt dessen geht man von der Zwangsvorstellung aus, daß man den Erfolg in der Tasche hat, sowie man erst einmal das richtige Rezept gedruckt vor sich sieht. Manche glauben den Vogel abzuschließen, wenn sie sich teils — teils entscheiden.

Das Grundübel liegt zunächst darin, daß man besonders bei den Deutschen Politik zu sehr für eine Wissenschaft, für eine Lehre, sogar für eine Geheimlehre hält. „Was ist richtig?“ „Welche Grundsätze?“ fragt der Deutsche jeder Klasse, anstatt: „Was soll man tun, jetzt tun?“ wie es Völker mit politischen Instinkten formulieren, gleichgültig ob Bourgeois oder Arbeiter. So ist z. B. der Engländer.

Aus dieser Veranlagung heraus erklärt es sich, daß solche Worte zu einer Art Aber-glauben führen, bei dem man Worte braucht, deren Sinn man gar nicht genau kennt.

Die Demokratie des Altertums war nichts anderes als eine Verbreiterung der Aristokratie, d. h. der Herrschaft von wenigen. Aber alle diese Begriffe passen schlecht auf die heutigen Zustände. Denn damals gab es den Sklaven als rechtloses Gesellschaftsmitglied. Die Monarchie war, ursprünglich auch bei den alten Germanen, Juden und Griechen nichts anderes als das heutige System gewählter Präsidenten. Im Kriegerstaat des alten Sparta gab es zwei gleichberechtigte Könige. Am reinsten war die Verbindung von Demokratie und Aristokratie ausgebildet im alten Rom mit seinen jährlich gewählten zwei gleichberechtigten Konsuln. Von Demokratie in unserem gefühlsmäßigen Sinne war keine Spur vorhanden, denn jahrhundertlang kämpften die Plebejer um Gleichberechtigung, die sich immer zunächst wirtschaftlich, d. h. um das Recht auf den Acker verstand. Die Plebejer hatten geringere Rechte, die Sklaven gar keine.

Noch heute hat sich in der katholischen Kirche dieses geradezu geniale System erhalten: jeder Bauernsohn kann Kardinal und Papst werden, aber die Laien haben gar keine „Rechte“ in bezug auf die Organisation der Kirche. Durch das Verbot der Ehe sind die Träger der Kirche nur an diese Kirche verheiratet.

Aus der altrömischen Gesellschaft stammt auch der Modeausdruck von der „Diktatur“.

Wenn der römische Bauernstaat in höchster Gefahr war, wurde an Stelle der zwei Konsuln ein Diktator gewählt, aber nur für die Hälfte der Amtszeit, also für sechs Monate. Es ist sehr selten geschehen, selbst nicht nach der Schlacht bei Cannäe, die Rom nahezu vernichtete. Man wollte mit der „Demokratie“ auskommen, d. h. mit tüchtigem Durchschnitt, der aber immer aus einer bevorzugten Klasse, den Patriziern, hervorging. Zwar wurden die sämtlichen Würden der Form nach vom ganzen Volk gewählt. Praktisch war es aber so, wie es in jeder Herrschaftsform ist und wie es populär von den deutschen Soldaten ausgedrückt wird: Wer am meisten Geld hat, d. h. damals am meisten Grundbesitz, der hat am meisten zu sagen.

Die Demokratie der römischen Republik war also nichts anderes, als das, was sie heute ist, eine, genauer Oligarchie genannte, Herrschaft der Besitzenden.

Die Diktatur war ein Ausnahmezustand. Ursprünglich war er so gedacht, wie es selbstverständlich ist, daß wie etwa bei einem Riesenbrande in einer Stadt an der Brandstätte der Brandmeister unbedingt befehlen muß und nicht der Bürgermeister nach Abstimmungen der Einwohnerschaft. Zuletzt wurde dieser Ausnahmezustand von Julius Cäsar an zum Dauerzustand. Der Form nach bestand aber auch unter dem Kaisertum immer noch der Senat mit seinen Wahlen und Würden. Genau diesen letzteren Zustand hatten wir in der alten preußischen Militärmonarchie, und haben ihn heute noch unter der Form der Republik, wo an Stelle des Feudaladels mehr die Finanzoligarchie getreten ist.

Wenn nun gegen diese Herrschaftsform diejenige Klasse zum Kampf auftritt, die Träger der modernen Wirtschaft des Maschinenzeitalters ist, die Arbeiterschaft, wie es damals die Masse der Bauern war, so löst sich der Streit, ob man diesen Kampf mit Demokratie oder mit Diktatur oder mit einer Mischung von beiden führen muß, in ein leeres Strohgedresch auf. Man muß es mit Energie tun! Darauf allein kommt es an! Die Energie allein nützt allerdings auch nichts. Man muß sich vielmehr ständig bewußt sein, wo man denn mit seiner Energie hin will und wo man mit ihr hinkommt und ob man seinen Erfolg dauernd erweitern und befestigen kann. Dafür gibt es keine feststehenden Regeln. Was in einem Falle genial sein kann, führt in einem anderen manchmal zum größten Unheil.

Ob man Energie hat und ob man die „richtige“ Taktik hat, merkt man nur am

## Briefe an die SAZ

### „Sozialisten“

Bezeichnend für die „Auch-Sozialisten“ sind folgende Ausführungen. Dem Kassierer der SPD war mein Uebertritt zur SAP noch nicht bekannt, und so kam er eines Abends angerückt, um den Beitrag zu erheben. Entsetzt vernahm er meinen Austritt aus der SPD. „Da möchte ich aber doch die Gründe hören!“ Als ich ihm erklärte, daß ich das Verhalten der Parteifraktion für ein Verbrechen an der Arbeiterklasse hielt, erklärte er mir, wir könnten zufrieden sein, wenn es nicht noch schlimmer kommt. Er für seinen Teil hätte noch allerhand zu verlieren. Dieser Geist kennzeichnet diese Sorte „Sozialisten“. Satt und behäbig, feige, entschlußlos, sich nur nicht etwa einer Gefahr aussetzen. Zufrieden, wenn das kleine Beamtengeld nicht bis zum letzten Groschen vernotordnet wird. Die anderen Millionen, die langsam verhungern, — „ja, es ist eben sehr traurig — aber“ —

Ein Glück für uns, daß wir von diesen „Sozialisten“ verschont bleiben. Sie wären ein Hemmschuh für unsere Bewegung. Sozialisten, die nie kämpfen würden, sich nie einsetzen würden für eine Idee, die Lauen, wie sie der Alte, der Ledebour bei der Revolutionsfeier treffend bezeichnete. Der Tag, die Stunde wird kommen, und dann werden wir sehen, wo die Kämpfer herkommen und wer sich einsetzt. Die um die eigene Sicherheit ängstlich Besorgten werden bestimmt nicht die Reihen der Revolutionäre füllen. Und sollte sich einer von den Lauen in unseren Reihen einfinden, dann möge er bald den Trennungstrich ziehen. Sein Geist verträgt sich nicht mit dem unseren, dem revolutionären, der die Gefahr nicht scheut und jenen

harten Zwange entsprang, der unsere Führer endlich veranlaßte, für uns einzustehen wie wir für sie.

Erdmann Bartsch, Friedrichshain.

### Der Straßenbahnschaffer

In einem großen Straßenbahnwagen sind mehrere Schaffner damit beschäftigt, das Geld einzukassieren. Man kann verstehen, daß heute kein Schaffner sich gern selbst auf die Straße setzen und damit zunächst doch höchstwahrscheinlich erwerbslos werden möchte. Das kann und darf doch aber nicht die Fahrgäste bestimmen — die ja doch nur bezahlen müssen — sich auf einmal nach den Schaffnern zu richten. Sie müssen also den Mut zum Abspringen aufbringen. Sollten sich aber nicht vielleicht auch einmal die Schaffner überlegen, ob sie nicht besser von der rasenden Straßenbahn abspringen? Denn neue Fahrgäste können ja nicht mehr einsteigen, weil nicht mehr gehalten wird. Wer weiß, ob es überhaupt noch eine Haltestelle geben und im übrigen dann auch jemand einsteigen oder ob der Wagen nicht vielmehr im Abgrund zerschellen wird? Dann werden die Schaffner vielleicht mangels Arbeit selber vorher unfreiwillig, ohne erst die linke Hand an den linken Griff bringen zu können, von der dann noch schneller fahrenden Bahn heruntergestoßen werden? Andererseits wird ein guter Schaffner, der rechtzeitig mit abgesprungen ist, bei der neu eingerichteten Linie bestimmt genügend Beschäftigung finden!

Also Fahrgäste und Schaffner, runter von der sozialdemokratischen Straßenbahn!

Meiner Auffassung nach wird Graf nicht bloß eine sozialdemokratische Straßenbahn bei seinem Vergleich im Auge gehabt haben, sondern die Brünings, in der die Sozis mit drinsitzen

Fred Steda.



# Frauenblatt der SAZ

## Wie Frauen

Wenn früh um sechs das Baby schreit  
Der Mann zur Arbeit muß,  
dann hab' ich alles schon bereit,  
ei uns gibts nie Verdruß.

Der Malzkaffee steht auf dem Tisch,  
Das Margarinebrot.  
Stets pünktlich, ordentlich und frisch —  
Das ist mein Hausgebot.

Um acht bin ich bei Doktor X  
Und steh' am Wäschefuß.  
Uns armen Leuten schenkt man nix,  
Nur einen mageren Fraß

Stellt mir gnä' Frau aufs Fensterbrett,  
Ob sie denn Angst wohl hat,  
Ich würde sonst zu stark und fest?  
Sie selber ißt sich satt...

Um zwölf Uhr ist die Schule aus,  
Mein Junge ißt für zwei;  
'rum jag' ich schleunigst jetzt nachhaus  
Und rühr' den Rübeneis.

Es riecht nicht gut, es schmeckt nicht gut —  
Man muß zufrieden sein.  
Am Sonntag — das gibt frisches Blut —  
Schneid' ich ein Speckstück rein.

Am Nachmittag ist viel zu tun  
Mit Waschen, Flick'n, Näh'n.  
Proletenfrau kann niemals ruh'n,  
kann nie spazieren geh'n.

Die Wochen, Monde, Jahre geh'n  
In Hunger, Not und Pein.

Wenn mal die roten Fahnen weh'n,  
Dann erst wird's besser sein!

Lisa Petzoldt.

## Die Frau als Fliegerin

Frauen haben sich in letzter Zeit verschiedentlich im Reich der Luft ausgezeichnet, und nach diesen kühnen und stolzen Leistungen wird man ihnen eine besondere Begabung für den Beruf des Fliegers nicht mehr absprechen können. Die Fluglehrer sind sich darüber einig, daß sich weibliche Schüler oft geschickter anstellen als männliche. Erst kürzlich wurde von einer 24jährigen Amerikanerin berichtet, die bereits nach sechs praktischen Unterrichtsstunden fliegen konnte.

Als die Brüder Montgolfiere die ersten Ballonfahrten veranstalteten, wurden sie von den Frauen bestürmt, die sich einmal Paris von oben ansehen wollten; und nachdem einige Frauen auf Flüge mitgenommen waren, erreichte am 4. Juni 1784 eine Frau Thible als erste Frau in einer Montgolfiere eine Höhe von 2700 Meter bei einer Flugdauer von nur 45 Minuten.

„Welche Wollust, diese Erde zu verlassen, die von Neid und Eigennutz verheert wird!“ so schrieb damals diese Vorläuferin der modernen Fliegerinnen. „Wie süß ist es, sich unsterblich zu glauben, wenn man nichts mehr mit den Sterblichen gemein zu haben glaubt. Die Erde war für uns nicht mehr vorhanden. Ein durchdringliches Gewölk trennte uns von ihr, obgleich die Witterung sehr still und heiter war. Wir befanden uns, wie ich glaube, auf der größten Höhe, die man überhaupt erreichen kann. Wir fingen an, Schmerzen in den Ohren zu empfinden, schwer zu hören und zu atmen, so daß wir uns genötigt sahen, das Feuer zu vermindern und herunterzugehen.“

Sogar eine Vierzehnjährige wurde 1785 in das Reich der Lüfte mitgenommen. Unter den 509 Personen, die bis zum Jahre 1850 Luftreisen machten, befanden sich 49 Frauen, und zwar 28 Engländerinnen, 17 Französinen, drei Deutsche und eine Italienerin. Mehr als eine hüftete die Fliegerei mit dem Leben. Die berühmteste Flugkünstlerin aus jener Vor- und Frühzeit der eigentlichen Fliegerei war Frau Blanchard, deren Mann im Freiballon nach England flog. Sie setzte das Gewerbe ihres Mannes fort und unternahm 10 Jahre später denselben Flug. Als sie bei einem großen Fest in Paris in ihrer kleinen Wunderkugel unter dem Schein bengalischer Beleuchtung aufgestiegen war, flog der Ballon immer höher, und plötzlich sah man eine Flamme am nächtlichen Himmel. Marie Blanchard hatte versprochen, ein Zeichen zu geben, bevor sie mit ihrem Fallschirm absprang. Man jubelte ihr zu, aber der Ballon kam tiefer und tiefer. Die Zuschauer rannten aufgeregt hin und her. Was war los? Später fand man den Körper der Todesmutigen zerschellt auf der Straße.

Die erste Fallschirmfliegerin war Elise Garnierin, die am 8. April 1814 auf dem Marsfeld absprang. Auch später haben noch Frauen als Virtuossinnen des Fallschirms große Erfolge erzielt. Die Französin Tessiere wollte sogar die Lenkbarmachung des Luftballons erfinden haben. Aber ihre Lösung war mehr originell als praktisch: Sie riet, Lämmergeier davorzuspannen. Den Mut, als Flugzeugführerinnen aufzutreten, fanden 1911 Nelly Beese und Bozena Lagler; beide erhielten das Führerdiplom. Bereits 10 Tage nach ihrer Prüfung stellte Nelly Beese den ersten Weltrekord von zwei Stunden und drei Minuten im Dauerflug auf.

## Beachtet die SAP eine besondere Frauenarbeit?

Aus der SPD sind wir an besondere Frauengruppen, Frauenabende, Frauenkonferenzen, -Feierstunden und ähnliches gewöhnt. Diese Einrichtungen hatten ihren guten Grund. Sie stammen aus einer Zeit, in der die Frau erst anfang, politische Rechte zu erwerben, in der langsam erst ihr politisches Verständnis sich herabgebildet. Um indifferente Frauen zu erfassen, die man nicht gleich in den Mittelpunkt der politischen Probleme hineinstellen konnte, waren diese Gruppen und ihre Veranstaltungen gewiß am Platz. Aber auch in der SPD verloren sie mehr und mehr ihren Sinn: sie arteten zum Teil aus in gemütliche Abende, in denen von dem Geist des Sozialismus oft nur wenig zu verspüren war.

Die SAP ist in einer Zeit entstanden, in der die Frau von allen gesellschaftlichen und politischen Problemen genau so betroffen wird wie der Mann, in der die Frau mehr als ein Jahrzehnt politischer Rechte hinter sich hat. Die Genossinnen, die heute in unseren Reihen stehen, sind ausnahmslos durch eine politische Schule gegangen. Ihr Entschluß, zu uns zu kommen, beweist es. Und darum nun Schluß mit Einrichtungen, die vor Jahrzehnten ihren Sinn haben mochten, heute aber nur noch als überlebtes Erbe mit fortgeschleppt werden! Die gewaltigen Aufgaben, die die Zeit an uns stellt, erfordern eine Frauengeneration, die den politischen Kampf in den Mittelpunkt ihres Lebens stellt. Wir haben keine Zeit mehr, auf „Umwegen“, über die Wohlfahrtsarbeit und ähnliches, an die besonderen Fraueninstinkte zu appellieren und sie langsam auf den Kampf der Klasse vorzubereiten.

Die Vorbereitungszeit liegt hinter uns, jetzt heißt es kämpfen!

Den Frauen, die uns stoßen, die wir für unsere Partei gewinnen wollen, müssen von Anfang an zeigen, daß die Arbeit in der SAP keine gemütliche Arbeit mit Strick-

strumpf und Kaffeekochen ist — sondern eine harte, unablässige Arbeit im Tageskampf, der uns ohne Unterschied an die Seite unserer männlichen Genossen stellt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir eine Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ablehnen. Ganz im Gegenteil. Es wird auch in unserer Partei Arbeitsgebiete geben, zu denen die Frauen besonders geeignet sind. Zu ihnen werden wir uns aber nur dann erheben können, wenn sie sie im Gesamtzusammenhang des politischen Kampfes sehen, wenn sie auf ihn vorbereitet werden genau wie die Männer.

Aber hüten wir uns von allem Anfang an vor diesen überlebten Traditionen! Wenn Vorstände gewählt wurden in der SPD, dann hieß es stets: und nun noch eine Frau! Das darf es nicht mehr geben. Unter den Funktionären, die zur Bekleidung von Parteiämtern zur Wahl stehen, müssen die Frauen von vornherein, ohne Rücksicht auf die Zufälligkeit ihres Geschlechts, einzig und allein auf Grund ihrer Arbeit in der Partei dabei sein. Das gleiche gilt für die besondere Schulung der Frau. Da hat sich z. B. eine Frauengemeinschaft gebildet, die Bebel's „Frau und der Sozialismus“ durcharbeiten will. Dies Buch kann nicht oft und nicht gründlich genug von uns studiert werden. Aber es enthält eine solche Fülle kulturhistorisch und soziologisch wichtigen Materials, daß es für die politische Erziehung der Genossen von durchaus gleicher Bedeutung ist. Ja, solch eine gemeinsame Arbeit wird auch für unser inneres Parteilieben seine Vorteile haben; sie wird auch den Genossen, die vielleicht ganz gern noch die Frauen in ihre gesonderten Veranstaltungen schicken möchten, zeigen, wie wertvolle und wichtige Mitarbeiterinnen sie ihnen sind. In der SPD mußte die Frau vielfach noch um ihre „Anerkennung“ kämpfen, die wohl auf dem Papier stand, in der Praxis aber oft

fehlte. Das kann es in der SAP nicht mehr geben. Die Frau ist gleichberechtigter Parteisoldat und muß sich als solcher bewähren. Für die Bearbeitung der Frauenagitation muß die Parteileitung eine eigene Sparte einrichten, genau wie für Betriebs-, Landarbeiter- und sonstige Agitation.

Das Gleiche gilt für die Jugend. In der SAJ gab es noch besondere Mädelaabende. In ihnen sprach man meist über sexuelle Fragen. Gerade hier zeigt sich die Unsinnigkeit solcher Trennung. Eine Frage, die alle Geschlechter gleichmäßig angeht, ja die gerade das Vorhandensein beider voraussetzt, kann nicht getrennt behandelt werden. Fangen wir nur nicht wieder damit an! Es führt zu einem ungesunden Verhältnis, zu einem Muckertum, das wir in unseren Reihen nicht gebrauchen können!

Die täglich wachsende politische Zuspitzung, die täglich näher rückende letzte Entscheidung zwischen den Klassen beweist uns deutlich, wie notwendig uns der geschlossene und einheitliche Abwehrkampf ist. Wir werden ihn nur dann siegreich bestehen, wenn wir von Anfang an unsere neue Partei auch in dieser Hinsicht auf eine neue Grundlage stellen. Jeder Lohnkampf, jeder politische Kampf, jedes einzige gesellschaftliche Ereignis betrifft heute Mann wie Frau in gleicher Weise!

Es gibt keine Frauenfragen mehr, es gibt nur noch Klassenfragen.

Nicht Geschlechter führen den Kampf, sondern Klassen.

In der SPD wurde es uns verargt, heute dürfen wir es offen fordern: Wir brauchen keine Wohlfahrtsarbeiten, sondern Klassenkämpferinnen! Sie müssen hart sein und mutig. Sie werden erzogen und gefestigt nur in gemeinsamer Arbeit, in der gemeinsamen politischen Bewegung.

Dora Fabian.

## Der Reichsweheminister schützt Mutter und Kind

Im Januar 1927 hat der Reichstag die Reichsregierung um Vorlage einer Denkschrift über den Stand des Mutterschutzes ersucht. Jetzt, viereinhalb Jahre später, ist sie erschienen. Ein wirklich interessantes Dokument! Es trägt neben der Unterschrift des Reichsarbeitsministers die des mit der „Wahrnehmung der Geschäfte“ des Reichsinnenministers beauftragten Reichswehrministers Groener. Und so sieht die Denkschrift auch aus.

Sie gibt eine Fülle von Zahlenmaterial über die Heime, Entbindungsanstalten, Kindergärten usw., um zum Schluß über den Geburtenrückgang infolge Empfängnisverhütung und Fruchtabtreibung zu jammern und zu konstatieren, daß die Bemühungen auf dem Gebiet der Fürsorge zum Schutze von Mutter und Kind dazu beitragen würden, „die Fortpflanzung allmählich wieder in Bahnen zu lenken, die eine gesunde Volksentwicklung gewährleisten“.

Kanonen- und Maschinenfutter züchten — das ist der Sinn eines vom Reichswehrminister verantwortlichen gezeichneten Mutter- und Kinderschutzes. Und wie sieht der im einzelnen aus? Es fällt schon beim Durchblättern der Denkschrift auf, daß das Hauptkontingent dieser Bemühungen in der Hand der freien (d. h. privaten) Wohlfahrtspflege liegt. Die Denkschrift führt 70 öffentliche und 135 freie Mütterheime, 1865 öffentliche und 5417 freie Kindergärten, 1623 öffentliche und 9685 freie Gemeindepflegestationen auf, um nur einige Beispiele zum Beweise dafür anzuführen, in welchem Maße das Reich sich seine verfassungsmäßig verbürgte Fürsorgepflicht von den freien, d. h. überwiegend religiösen Wohlfahrtsorganisationen abnehmen läßt. Aber trotzdem ist die Zahl der Anstalten noch immer ungeheuer niedrig.

Für das gesamte Reichsgebiet werden nur 279 öffentliche und 343 freie Entbindungsheime gezählt.

Das erscheint selbst dem Wehrminister etwas wenig; die Denkschrift fügt nämlich verschämt hinzu, über dieser gering erscheinenden Zahl dürfe die „große Zahl der rein privaten (aus Erwerbsgründen betriebenen) Entbindungskliniken, die etwa ein Viertel bis ein Fünftel der für Entbindungen insgesamt bereit gestellten Betten zur Verfügung halten“, nicht vergessen werden. Mit anderen Worten: wer zahlen kann, ist versorgt. Und zahlen kann ja ein Viertel bis ein Fünftel des deutschen Volks! Kein Wunder daher, daß von 100 Geburten nur 11,3 in Heimen erfolgen.

Ebenso schlecht ist die Versorgung der Kinder erwerbstätiger Mütter. Die Denkschrift muß selbst zugeben, daß die 70 öffentlichen und 135 freien Mütterheime, in denen die Entbundenen mit ihren Kindern Unterkunft finden, keineswegs ausreichen, um zu verhindern, daß die Kinder vorzeitig von ihren erwerbstätigen Müttern getrennt werden.

Dafür wird an anderer Stelle dem Pflegestellenwesen, das sich „im allgemeinen gut bewährt“ habe, das Wort geredet. Jedermann weiß, wie gerade heute in der Zeit der schlimmsten Not die Pflegekinder vielfach auf schlimmste Weise zu Ausbeutungsobjekten werden. Aber den Herrn General stört das wenig.

Als sehr gering wird auch die Zahl der Säuglings- und Kinderkrippen bezeichnet. Im ganzen gibt es 3211 Plätze in der öffentlichen und 8387 Plätze in der freien Wohlfahrtspflege. Und das angesichts von 3½ Millionen erwerbstätiger verheirateter Frauen! Schlimm ist es auch um die Kindergärten bestellt. 70 Prozent der Kindergärten der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind ohne regelmäßige ärztliche Aufsicht, davon 34 Prozent in den Großstädten, 88 Prozent in den kleinen Gemeinden! Im ganzen werden nur 552 ärztlich beaufsichtigte und 1313 Kindergärten ohne ärztliche Aufsicht in der öffentlichen Wohlfahrtspflege gezählt. Auch von den 108 Säuglings- und Kinderkrippen stehen nur 87 unter ärztlicher Aufsicht.

Sehr viel tut man sich heute auch auf die Schwangerenberatungsstellen zugute. Aber wie sieht es in der Praxis aus? In acht deutschen Ländern fehlen sie vollständig, in anderen, wie z. B. in Bayern kommen auf 109 000 Einwohner 0,1 Beratungsstelle, im fortschrittlichen Preußen 2,4.

Für die Befreiung der Frau

In dem Augenblick, in dem die Frauen gleiche Rechte mit den Männern erlangen, wird auch das Bewußtsein der Pflichten in ihnen lebendig werden. Aufgefordert, ihre Stimme abzugeben, werden sie sich auch fragen: wofür? für wen? Mit diesem Augenblick werden eine Reihe von Anregungen zwischen Mann und Frau eintreten, die weit entfernt, ihr gegenseitiges Verhältnis zu verschlechtern, es im Gegenteil wesentlich verbessern werden. Die ununterrichtete Frau wird sich naturgemäß an den unterrichteten Mann wenden. Daraus folgt Ideenaustausch, gegenseitige Belehrung, ein Zustand, wie er bisher zwischen Mann und Frau in den seltensten Fällen bestand. Dies wird ihrem Leben einen neuen Reiz geben. Der unglückliche Bildungs- und Auffassungsunterschied, der so vielfach zu Meinungsdivergenzen führt, den Mann in Zwiespalt mit seinen verschiedenen Pflichten setzt, das Gemeinwohl schädigt, wird mehr und mehr ausgeglichen. Statt eines Hemmschuhs wird der Mann in der gleichgesinnten Frau eine Unterstützerin erhalten; sie wird, wenn sie durch Pflichten abgehalten ist, sich selbst zu beteiligen, den Mann anspornen, seine Schuldigkeit zu tun. Sie wird es in der Ordnung finden, daß ein Bruchteil des Verdienstes für eine Zeitung, für Agitationszwecke ausgegeben wird,

Auch die Wochenhilfe

nach der Reichsversicherungsordnung wird gern als soziale Errungenschaft gepriesen. Die in der Denkschrift angegebenen Zahlen zeigen, daß im Jahr 1929 genau 118,8 Millionen für die Wochenhilfe aufgewandt wurden. Wieviel kostet doch ein Panzerkreuzer, Herr General?

Nicht uninteressant sind auch die Angaben über die freien Wohlfahrtsorganisationen. Im ganzen werden sieben angeführt, darunter neben den konfessionellen auch der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, der der Sozialdemokratischen Partei angegliedert ist. Von diesem fehlen aber, wie die Denkschrift mitteilt, die näheren Angaben. Interessant wäre es, zu erfahren, wie die öffentlichen Zuschüsse sich auf diese verschiedenen Organisationen verteilen. Aber darüber schweigt die Denkschrift sich aus und beschränkt sich auf allgemeine Angaben.

Im Ganzen ergibt das Dokument, das der Herr General uns vorlegt, ein trübes Bild. So sorgt die deutsche Republik, die die Mutterschaft unter besonderen Schutz des Staates stellt, für ihre Frauen und Kinder! Die Frauen der arbeitenden Klasse müssen erkennen, daß ihnen vom kapitalistischen Staat keine Hilfe wird, daß sie sich ihre sozialen Rechte allein auf dem Wege des politischen Kampfes erringen müssen. —n.

weil die Zeitung auch ihr zur Belehrung und Unethaltung dient, weil sie die Notwendigkeit der Opfer begrift, um zu erobern, war ihr, dem Mann und ihren Kindern fehlt — ein menschenwürdiges Dasein.

August Bebel  
(„Die Frau und der Sozialismus“)

## Genossinnen soll das nochmals toleriert werden?

(Zeitungsbericht vom 15. Okt. 1915.)

... Gestern und vorgestern haben wir das Treiben an dieser Stelle (Freibank des Schlachthofes) beobachtet. Schon am Mittwochnachmittag fanden sich zahlreiche Frauen ein in der Absicht, dort auf der Straße zu warten, bis die Verkaufsstelle am nächsten Morgen um 7 Uhr geöffnet werden würde. Während des Tages vertrieben Schutzleute die Wartenden. Aber in den Abendstunden, wo die Polizei die Ansammlung nicht mehr hinderte, fanden sich Hunderte von Personen, meistens Frauen, ein. Auf mitgebrachten Schemeln und Fußbänken setzten sie sich längs der Mauer vor der Straße nieder...

Tausend haben jetzt wieder vergebens eine Nacht auf der Straße zugebracht. Als wir hinaustraten unter die Menge der Enttäuschten, umringten uns zahlreiche Frauen und klagten, daß sie schon drei, vier Nächte hintereinander vor der Tür der Verkaufsstelle gewartet und doch nicht zeitig genug dagesewesen wären, um etwas zu bekommen...



# Lokalblatt der SAZ

## Berlin, Brandenburg, Grenzmark

### Seehafen Berlin

Direkter Schiffsverkehr Berlin—Stockholm—Berlin zieht Seeverkehr an sich.

Berlin nähert sich dem Meer. Der Leser braucht nicht zu erschrecken, die Stadt wird keineswegs auf Rollen gesetzt und abgeschoben, auch sind keine geologischen Umstürze zu befürchten. Wenn aber der Prophet nicht zum Berge kommt, dann muß der Berg... Also hat sich in diesem Falle das Meer nach Berlin bemühen müssen. Wenn es auch nicht selbst kam, so streckte es doch seine Ausläufer bis nach Berlin hin, wir haben ja alle einmal diese Flüsse und Kanäle in der Schule gelernt oder lernen sollen. Das ist alles nicht neu, was uns aber das Meer nahe gebracht hat, ist die direkte Schiffsverbindung von Berlin zur Ostsee und nach Skandinavien, die wir seit kurzer Zeit besitzen.

Bisher schickte man Güter, deren Fracht sich nicht zu teuer stellen sollte, nach Stettin, wo sie auf Ostseedampfer verladen wurden. Ein findiger Kopf kam auf die Idee, die Umladung in Stettin zu ersparen und nach direkte Seefrachtverkehr Berlin—Skandinavien war geboren. Seit dem Sommer dieses Jahres geht mehrere Male in der Woche ein direktes Frachtschiff nach Kopenhagen und gerade in diesen Tagen erfolgt die erste Fahrt nach Stockholm. Die Vorteile dieser Verbindung sind augenscheinlich, fällt doch das kostspielige und zeitraubende Umladen in Stettin fort. Die Fahrtdauer beträgt nach Kopenhagen drei, nach Stockholm etwa 5 Tage und wird sich noch verringern lassen, wenn es gelingt, die Erlaubnis zum Fahren bei Nacht auf dem Großschiffahrtsweg zu erlangen, was bisher verboten ist. Auch das im Bau befindliche Schiffshebewerk bei Niederfinow, welches das vierfache Durchschleusen überflüssig machen wird, wird die Fahrzeit weiter verringern. Die Schiffe, die den Dienst besorgen, sind Dieselmotorschiffe, die einen recht ansehnlichen Eindruck machen. Man kann sich ihnen schon zu einer Hochseefahrt anvertrauen. Da sie keine Dampfmaschine besitzen, unterscheiden sie sich äußerlich nicht viel von den Elbkähnen, nur sind sie etwas größer. Im Hinterteil befindet sich ein größerer Aufbau, der die Kajüten für die fünfköpfige Mannschaft und die Motorenanlage enthält. So kann der zur Verfügung stehende Laderaum voll ausgenutzt werden.

Die bisherigen 56 Fahrten sind zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen und für das nächste Jahr ist die Einrichtung eines direkten Verkehrs Berlin—London über Stettin und Kaiser-Wilhelm-Kanal geplant.

Daß die Stettiner von der Konkurrenz Berlins nicht sehr begeistert sind, wird einleuchten, hat man doch den Verkehr ein Messer im Rücken Stettins genannt. So zieht Berlin nun auch den Seeverkehr an sich. Wann wird das erste Schiff von der Potsdamer Brücke nach New York abgehen?

Erco.

### Donnerstag Fortsetzung der „Spar“debatte im Stadtparlament

Am Donnerstag, dem 19. November, findet wiederum eine Sitzung des Stadtparlamentes statt, die sich hauptsächlich mit der Fortsetzung der Debatte über die „Spar“maßnahmen des Magistrats beschäftigen wird. Ob die noch außerdem auf der Tagesordnung stehende zweite Beratung der Berliner Elektrizitäts-Union und die Neufassung der Friedhofsordnung erledigt werden kann, steht noch nicht fest. Die ersten beiden Angelegenheiten werden am Dienstag vormittag im Haushaltsausschuß vorbereitet. Auch die Vorlage über die allgemeinen Bedingungen für die Wiedererrichtung des Autorufes steht auf der Tagesordnung; aber auch hierbei wird sich zuerst eine Ueberweisung an einen Ausschuß als notwendig erweisen.

### Der Mord an dem Kraftwagenführer Pohl

Der Mord an dem Kraftwagenführer Pohl in Berlin ist schnell aufgeklärt worden. Am Freitagabend hat einer der beiden in dieser Angelegenheit Festgenommenen, der Streckenarbeiter Hermann Wittstock, ein Geständnis abgelegt. Er gibt an, daß er und der zweite Verhaftete namens Rohrbach zunächst die Absicht gehabt hätten, auf der Landstraße von Schönerlinde nach Buchholz einen Bäckerwagen zu überfallen und den Kutscher, der viel Geld bei sich führen sollte, zu erschließen. Zu diesem Zweck habe ihm Rohrbach eine Pistole gegeben. Da er in der Bedienung der Waffe zu unerfahren gewesen sei, sei der Schuß nicht losgegangen. Etwas später habe man den Plan endgültig zur Ausführung bringen wollen. Man habe einen Kraftwagenführer zur Mithilfe gesucht, aber keinen geeigneten Mann gefunden. Mit Rohrbach sei er dann in ein Kino und schließlich in ein Bierlokal gegangen. Hier sei Rohrbach auf den Gedanken gekommen, mit einem Mietskraftwagen über Buchholz hinauszufahren und den Führer zu erschließen. An der Kirche in Pankow habe man Pohl, der dort mit seinen Wagen auf eine Fuhrte wartete, zu einer Fahrt nach Sperlingslust aufgefordert. Wittstock gab dann eine genaue Schilderung der Mordtat. Danach ist Pohl nicht gleich tödlich verletzt worden. Er hat vielmehr noch die

### Das Kellerloch als Wohnung

Daß trotz Wohnungsamt, Wohnungsfürsorge und Baupolizei auf dem Wohnungsmarkt die unglücklichsten Zustände herrschen, dafür bietet die Greisersche Wohnung in Charlottenburg, Berliner Straße 83, einen schlagenden Beweis. Die Wohnungsinhaber sind seit 6 Jahren auf dem Charlottenburger Wohnungsamt als Wohnungssuchende gemeldet, bis heute hat sich das Amt noch nicht gerührt, die Leute menschenwürdig unterzubringen.

Um in die „Wohnung“ zu gelangen, muß man vom Hof aus eine finstere Stiege herunterklettern. Alsdann kommt man in einen langen finsternen Kellergang, von diesem aus in einen halbhellen Kellervorraum. Nachdem man auch diesen passiert hat, hat man den Eingang zur „Wohnung“ erreicht. Der sogenannte Wohnraum ist etwa 7 Meter mal 3½ Meter groß. Durch eine Rabitzwand hat der Mieter einen Teil dieses Raumes, den er als Küche benützt, abgeschlagen. Ein Ofen befindet sich nicht in dem als „Stube“ dienenden Teil. Der Raum ist in hygienischer Hin-

sicht nach jeder Richtung hin zu beunstanden, da weder Licht noch Luft ausreichend Zutritt haben.

In diesem Loch muß der Mieter bereits seit Mai 1929 hausen. Die monatliche Miete hierfür beträgt 50 RM. (!).

Der Besitzer des Hauses ist der Diplomingenieur Claassen, der in Lichterfelde eine pompöse Villa besitzt und bewohnt. Das Mieteingangsamt, welches wegen Festsetzung einer angemessenen Miete angerufen wurde, hat sich für unzuständig erklärt, da der Herr Diplomingenieur die famose Wohnung als „gewerblichen Raum“ vermietet hat. Die Baupolizei ist bereits am 14. Oktober um Schutz ersucht worden und hat, außer einer Besichtigung, nichts zugunsten des Mieters unternommen. Der Mieter ist also verpflichtet diesen Keller, der früher als Lagerraum vermietet war, weiterzubewohnen, zumal auch das Wohnungsamt dem Mieter keine andere Wohnung zuweist und sich keine Behörde findet, die den wucherischen Mietzins heruntersetzt.

### Fertige Siedlungshäuser in vier Tagen



Die fertiggestellten Bauwände werden aufgerichtet

In einem Berliner Vorort werden gegenwärtig Siedlungsbauten aufgerichtet, deren Fertigstellung nur 4 Tage in Anspruch nimmt. Die einzelnen Wände werden auf dem Boden gegossen und dann nach dem Trocknen aufgerichtet. Die Baukosten können so um 30 Prozent gekürzt werden und zur Errichtung eines Hauses von 8—10 Zimmern ist jeweils nur eine Kolonne von 5 Arbeitern nötig.

einen zweiten Schuß getötet worden. Geld habe man, so sagte Wittstock aus, bei Pohl nicht gefunden. Der zweite Täter, Rohrbach, hat noch kein Geständnis abgelegt.

### Eine Begnadigung

Der am 4. Februar dieses Jahres vom Berliner Schwurgericht III wegen des Mordes an dem Uhrmacher Fritz Ulbrich zum Tode verurteilte Arbeiter Richard Stolpe, der Brautigam von Lieschen Neumann, ist — nachdem das Todesurteil durch Verwerfung der beim Reichsgericht eingelegten Revision rechtskräftig geworden war — jetzt vom preussischen Justizminister begnadigt worden. Die Todesstrafe wurde in lebenslangliches Zuchthaus umgewandelt.

### Für 50000 Mark Goldfüllfederhalter gestohlen

In die Geschäftsräume der Firma Parker, Leipziger Straße 19, wurde in der vergangenen Nacht ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt, bei dem eine Menge 14- und 18-karätiger Goldfüllfederhalter und etwa 3—4000 Goldfedern im Gesamtwert von 50000 Mark erbeutet wurden. Die Täter haben sich vermutlich in die im dritten Stock des Hauses liegenden Lagerräume der Firma am Abend zuvor eingeschlichen und dann einschließen lassen und im Laufe der Nacht dann die Türen erbrochen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

### Kleine Berliner Nachrichten

Ein Dachstuhlbrand entstand am Sonnabend vormittag im Hause Straßmannstr. 41. Die Feuerwehr mußte mehrere Löschzüge zur Hilfeleistung einsetzen. Starke Rauchentwicklung behinderte die Löscharbeiten sehr. Zahlung der Hundesteuer in Monatsraten wird von den Berliner Hundehaltern gefordert.

### Aus der Mark

#### Die Ueberfälle auf den Landstraßen

häufen sich. Bei Nauen wurde ein Ingenieur, der in Begleitung seiner Braut abends nach Hause fuhr, angehalten und beraubt. Von einem Unhold wurde bei Belzig eine Frau vom Rad gerissen. Es gelang ihr, zu entfliehen. In Verdacht der Täterschaft geriet ein Gärtner in Belzig. Er ist geständig.

#### Rathenow

Im Bezirk des Arbeitsamts Rathenow ist in den Gemeinden unter 10000 Einwohnern die Krisenfürsorge ausgedehnt worden für die Zeit vom 15. November bis 1. April 1932 auf folgende Berufsgruppen: 1. Industrie der Steine und Erden (Berufsgruppe 4). 2. Bauwesen (Berufsgruppe 16). 3. Verkehrsgewerbe (Berufsgruppe 21). Ausgenommen sind Gruppe 21a (Post- und Telegraphenbetriebe), Gruppe 21b (Eisenbahn- und Straßenbetriebe) und Gruppe 21c (Schaffner, Fahr-, Bahn-, Rangier- und Güterbodendienst). 4. Lohnarbeit wechselnder Art (Gruppe 23). 5. Maschinisten und Heizer aller Art, einschließlich der Schifffahrt (Gruppe 24). Unterstützung wird an die Angehörigen der betreffenden Berufsgruppen gezahlt, die nach dem 1. Juli 1931 ausgesteuert worden sind. Zahlung erfolgt frühestens vom Tage der Antragstellung ab, auf keinen Fall für eine Zeit, die vor dem 15. November liegt.

### SAP

Bezirksverband Berlin: Um das punktliche Erscheinen von Versammlungsanzeigen im Versammlungskalender für Berlin in der SAZ zu ermöglichen, wird wiederholt darauf hingewiesen, daß alle Anzeigen der Bezirksleitung Prenzlaue Allee 34 zu melden sind. Die Redaktion der SAZ ist angewiesen, nur von der Bezirksleitung aufgenommene Versammlungsanzeigen in den Versammlungskalender einzusetzen. Ortsgruppe Prenzlaue Berg: Mitgliederversammlung 19.30 Uhr, Mieters Festsäle, Schönhauser Allee 130. Tagesordnung: 1. Bezirksparteitag; 2. Wahl der Delegierten.

### Großberliner Mitgliederversammlung

Freitag, den 20. November, 19½ Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseestraße 110

Vortrag:

### „Unsere Aufgaben und unser Weg“

Referent: Genosse Klaus Zweiling.

Unkostenbeitrag: 20 Pfennig

Für Erwerbslose und Jugendliche 10 Pfennig

Voranzeige: Versammlung der technischen Leiter des Schutzbundes Prenzlaue, 25. November, 10 Uhr, in der Prenzlaue Allee 34, 3. Hof, 2 Treppen.

Ortsgruppe Neukölln: Montag, den 16. November, 20 Uhr, Schutzkomitee bei Loebner, Kaiser Friedrich-Ecke Landstraße, Funktorenversammlung Mittwoch, den 18. November, 10 Uhr, bei Bolke, Weser-Ecke Fuldastraße, Gewerkschaftsfunktionäre haben gegen Anwesen Zutritt.

Ortsgruppe Neukölln, 4. u. 5. Abteilung: Mitgliederversammlung Donnerstag, den 19. November, 20 Uhr, bei Damm, Herzbergstr. 22. Tagesordnung: Das neue Bezirksstatut; Wahlverschlüsse.

Neukölln-Britz, 13. Abt.: Mitgliederversammlung Tagesordnung: Unsere Stellung zu den Gewerkschaften. Lokal wird durch besondere Einladungen bekanntgegeben.

Ortsgruppe Tiergarten einisch, der Abt. Westen: Mitgliederversammlung, 20 Uhr, im Patzenhofer, Turmstraße 25. Tagesordnung: 1. Bezirksparteitag; 2. Wahl der Delegierten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Ortsgruppe Neukölln, 1. u. 2. Abteilung: Mitgliederversammlung Dienstag, den 19. November, 19.30 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Thema: Unsere Stellung zum Bezirksparteitag. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Mitgliedsbücher und mitzubringen.

Ortsgruppe Neukölln, 1. u. 2. u. 3. Abt.: Mitgliederversammlung Dienstag, den 17. November, bei Löffler, Weichsel-Ecke Ossastr. Reform Genosse Wilhelm Hauschild. Thema: Der Bezirksparteitag.

Ortsgruppe Prenzlaue Berg: Bildungskursus: „Einführung in den Marxismus“. Referent: Dr. Dorn Fabian. Kursbeginn Montag, 16. November, 19.30 Uhr. Versammlungsort Prenzlaue Allee 34, III. Hof, II. Etage. Kursusgebühr 30 Pf. pro Abend, Erwerbslose frei. SPD-Genossen können daran teilnehmen.

Ortsgruppe Reinickendorf, 20. Bezirk: Mitgliederversammlung Dienstag, 17. November, 19.30 Uhr. Kurt Stecher spricht über das Thema: „Wid. die KPD und die KPO“. Beratung des Ortsstatuts; Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz.

Bläserchor der SAP (ehem. USP). Achtung! Genossen und Sympathisierende, welche im Besitz von Zupf- und Streichinstrumenten sind, sowie Holzblasinstrumente, treffen sich Donnerstag, ab 20 Uhr, in der Wählklubklausur, Berlin O 112, Wühlklubstraße 38. Meldungen werden auch während der Übungsstunden des Bläserchors entgegengenommen.

Ortsgruppe Schönberg: Mitgliederversammlung Mittwoch, 18. November, 19.30 Uhr, bei Gell, Morshurger Straße 7. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist Erscheinen Pflicht.

Trebbin, Schutzbund. Die Versammlung findet Sonntag, den 15. November, schon um 16 Uhr, nicht erst um 20 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Berger, Neukölln: „Das Aktionsprogramm“; 2. Technisches und Organisatorisches; Genosse H. u. a. 111. Berlin. Erscheinen der Mitglieder Pflicht! Sympathisierende willkommen.

Ortsgruppe Treptow: Mitgliederversammlung, Dienstag, 17. Nov., 20 Uhr, im Lokal Bela, Niederschöneweide Berliner Str. 26. Vorstände erscheinen eine halbe Stunde früher. Tagesordnung: Beratung des Ortsstatuts; Erziehungswahlen.

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin NO 55, Prenzlaue Allee 34, 3. Hof. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

### Sonntag, den 15. November:

Treptow, Alt. SAJER, die zu uns kommen wollen, wenden sich an den Gen. Harry Bachhofer, Oberschöneweide, Goethestr. 46.

Neukölln IV—Britz. Fahrt des UB. Wir treffen uns 7 Uhr Jahn-Ecke Rudower Straße.

Spandau. Heim, Lindenauer 2, 19 Uhr, Literarischer Abend: „Zola“.

Falkenberg. Heimabend.

Pankow. Treffpunkt für Wochenendkursus 8.15. Vintestraße (U-Bhf.). Antikriegsabend: 19 Uhr. Vintestraße (U-Bhf.), wir gehen dann zur Prenzlaue Allee 34.

Unterbezirk Neukölln. Fahrt. Wir treffen uns 7.30 Uhr, Bahnhof Neukölln.

Aktionsbezirk Nord-Ost. Vorm. 9 Uhr, im Jugendheim, Prenzlaue Allee 34: „Die Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der proletarischen Jugend.“ Am Abend, 19 Uhr, Antikriegsabend.

### Montag, den 16. November, 19.30 Uhr:

Sieglitz. Heim, Albrechtstr. 47. — Tagespolitik. Reinickendorf. Heim, Kopenhagener Str. 24. II: KPD — Diktatur — SAP.

Moabit. Heim, Leichter Str. 18/19: Die soz. Gesellschaft. Hans. Heim, Schleswiger Ufer 16. Bunter Abend. Friedrichshagen — Rosa Luxemburg. Heim, Dienstmeierstraße. Vortrag: „Bürgerliche und proletarische Literatur“.

Charlottenburg-Mitte. Heraus aus der Kirche. Mitte-Nord — Ernst Toller. Heim, Elisabethkirchstr. 19 (Schule): Unsere Statuten — Wahl der Delegierten zur B-K.

Mitte-Süd. Heim, Waisenstr. 13. Aussprache Buch. Film, Theater.

Falkenberg. Warum SAP?

Unterbezirk Neukölln. Gruppenleiter-obspre. Unterbezirk Neukölln. Gruppenleiter-obsprechung. Ort und Zeit wird auf der Sonntagsfahrt angekündigt.

Unterbezirk Charlottenburg. 19 Uhr, Arbeitsamt West. Mitgliederversammlung.

Aktionsbezirk West. 20 Uhr, Arbeitsamt West. Politischer Arbeitskreis.

Mitteilungen der B-L. Karten-Abrechnung bis Mittwoch vornehmen. Abzeichen gegen Barzahlung Mittwoch abholen.

### Rass:

Reichsarbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler. Reich Berlin, NO 55, Prenzlaue Allee 34. Montag, 16. Nov., 17 Uhr, Heim, Prenzlaue Allee 34: Besprechung aller Schüler. Mit uns politisch Sympathisierende sind einzuladen.

### Die Roten Falken:

Arbeitsgemeinschaft „Die Roten Falken“. Bezirk Berlin, NO 55, Prenzlaue Allee 34. Helfer der Kinderfreunde-Organisation, die politisch mit uns sympathisieren, schicken ihre Adresse an unser Jugendsekretariat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungsverlagsges. m. H. Druck: G o o r g K o e n i g, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: M. 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich, zuzüglich RM 1.50 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 923.



# Feuilleton der SAZ

## Als sie noch die Macht hatten . . .

Lange Zeit hindurch hatten wir den Sitz unserer gemeinsamen Tätigkeit nicht verlassen können, heute waren wir der Versuchung unterlegen und hatten zu später Abendstunde der Bitte eines Freundes Folge geleistet. Er hatte uns müde gemacht mit der Mitteilung, daß er unsere Frauen benachrichtigen und ebenfalls zu sich bitten wollte.

Mit aller Vorsicht waren wir aus dem Hause geschlichen, einer hinter dem anderen her, mit dreihundert Schritten Abstand. In das Haus unseres Freundes waren wir unbehelligt gekommen. Als wir es verlassen wollten, war der Ausgang mit einem halben Dutzend schwer bewaffneter sogenannter Spartakisten besetzt, die uns aufgespürt hatten. Es gelang uns schließlich, nachdem wir über mehrere Höfe hinwegjetteten waren, einige Häuser zwischen uns und die Verfolger zu bringen. Mit unendlicher Mühe gelangten wir, nachdem wir wildfremde Menschen geweckt und um Auslaß gebeten hatten, vorsichtig auf die Straße — wieder einer nach dem andern, in weitem Abstand —.

Man mußte mich wohl am Gange erkannt haben, denn es erhob sich plötzlich ein wüstes Geschrei. Kein Zweifel, die Verfolger waren uns auf den Fersen. Wir — ich habe bisher vergessen, zu sagen, wer „wir“ waren: „wir“ waren die „Reichsregierung Ebert und Scheidemann!“

Wir rannten Ecke um Ecke — schließlich brach Ebert, der unerträgliches Herzklopfen bekommen hatte, auf einem kleinen Stein am Eingang eines Vorgartens zusammen, ich konnte mich ebenfalls kaum noch auf den Beinen halten. — Wir verhielten uns totstill. Als nach etwa einer halben Stunde nichts zu sehen und zu hören war, wagte ich mich an die Straßenecke vor, um zu sehen, wo wir überhaupt waren. Ulmenstraße! Ire ich nicht, so waren wir in eine private Sackgasse gelaufen. Vorsichtig tasteten wir uns weiter. In der Nähe des Zoo gewahrten wir, allerdings in weiter Ferne, die Verfolger wieder. Hinter Bäumen verbargen wir uns . . . Schließlich waren wir an eine Ecke der Kurfürstenstraße gelangt. Wir setzten uns auf die Stufen einer Lادتür und unterhielten uns . . . wir, die Regierung Ebert-Scheidemann.

„Ich mag das Hundeleben nicht mehr weiter leben.“

„Ich auch nicht, aber was tun?“

Pause, in der jeder seinen eigenen Gedanken nachgeht.

„Wenn wir am 9. November nicht zugepackt hätten, wäre das Reich auseinandergefallen. Wir hätten die Anarchie im Lande gehabt, Raub und Plünderung, Mord und Totschlag.“

„Können wir uns überhaupt weiter halten?“

„Das wissen die Götter, aber wir müssen es versuchen, bis zum letzten Atemzuge.“

„Landsberg wird uns Vorwürfe machen, wenn er erfährt, daß wir das Haus verlassen haben!“

„Ich liebe den Landsberg, das ist ein Prachtkerl.“

Lange Pause.

## In den Schlachthöfen von Chicago

Von Upton Sinclair

Eines Abends plauderte Jurgis, am Ofen sitzend, mit einem alten Mann, den Jonas heimgebracht hatte und der in Durhams Konservenfabrik arbeitete. Anscheinend gab es bei Durhams wahre Alchimisten. Durham annanzierte eingekochte Pilze und die Männer, die diese zubereiteten, wußten nicht einmal, wie ein Pilz aussieht. Das gleiche galt von dem konservierten Hühnerfleisch. Vielleicht, meinte Jonas' Bekannter, vermögen sie Hühner auf chemische Weise zu erzeugen, jedenfalls würden zu diesem Büchsenfleisch Eingeweide, Fett und alle Ueberreste von Kalbfleisch verwandt. Vor etlichen Jahren waren im Schlachthaus auch Pferde getötet worden; angeblich, um aus ihnen Kunstdünger zu machen, doch wurde dann bekannt, auch dieses Fleisch werde zu Konserven verwendet. Außer diesen Dingen gab es noch eine äußerst interessante Statistik: diejenige der Krankheiten, von denen die Arbeiter in Packingtown befallen wurden. Jede Abteilung hatte ihre eigenen Krankheiten, und die Arbeiter der einzelnen Abteilungen wiesen sie am eigenen Leib auf. Da waren z. B. die Leute, die in den Pökelräumen arbeiteten, wo der alte Anatas sich den Tod geholt hatte; kaum einer von ihnen war von Wunden und Schwären verschont. Man brauchte bloß einen kleinen Kratzer zu haben und schon entstand eine Wunde, die den Tod bedeutete; die Gelenke wurden von den Säuren aufgefressen. Unter jenen, die mit dem Messer arbeiteten, gab es kaum einen, der einen heilen Daumen besaß, sie schnitten so oft hinein, verletzten ihn so oft, daß bloß mehr ein Stumpf übrig blieb. Ihre ganzen Hände waren mit unzähligen

Narben bedeckt, ihre Nägel waren ausgefallen — dies kam vom Abziehen der Haut — ihre Knöchel derart geschwollen, daß die Finger wie ein ausgespannter Fächer anmuteten. Es gab Leute, die im Dampf und Gestank der Küchen arbeiteten, bei künstlichem Licht; dies war eine Brutstätte der Tuberkulose. Die Schlepper trugen 200 Pfund schwere Lasten in den Gefrierraum; diese Arbeit begann um 4 Uhr morgens, ließ nach wenigen Jahren auch die kräftigsten Männer zusammenbrechen. Die Krankheit jener, die in den Gefrierräumen schufteten, war der Rheumatismus; es hieß, ein Mann könne bloß fünf Jahre dort arbeiten. Die Wollzupfer verloren ihre Finger noch rascher als die Pökel, denn das Fell der Schafe wurde mit Säure bestrichen, damit die Wolle leichter abgehe, und sie zupften mit bloßen Händen, während sich die Säure einfraß. Die Leute, die die Büchsen für das Konservenfleisch anfertigten, waren der stetigen Gefahr einer Blutvergiftung ausgesetzt. Am schlechtesten jedoch waren die Leute, die den Kunstdünger herstellten. Diese konnte man keinem Besucher der Fabrik zeigen, denn der Gestank eines solchen Menschen hätte jeden auf hundert Yard fortgeschreckt.

Die Arbeiter, die an den riesigen Fleischbottichen schufteten, fielen in dem mit Dampf gefüllten, halbdunklen Raum bisweilen in die Bottiche; wurden sie herausgefischt, so war nicht mehr viel von ihnen übrig — manchmal blieben sie auch tagelang darin liegen, bis ihr ganzer Körper, die Knochen ausgenommen, als „Durhams reinsten Blätterspeck“ in die Welt gezogen war! Aus: „Der Sumpf“ (Malik).

„Wenn wir den Bettel heute hinwerfen, haben wir morgen den Bolschewismus mit einem verrückten Spartakisten oder irgendeinem Russen an der Spitze — — —“

Philipp Scheidemann

(aus den Aufzeichnungen, die seinerzeit im „Acht-Uhr-Abendblatt“ veröffentlichte)

## Schnitzler und Wedekind in der Volksbühne

Während die Berliner Staatstheater eine Schnitzler-Gedenkfeier für den Bußtag vorbereiten, bemüht sich die Berliner Volksbühne um denselben Zweck ein paar Tage früher. Wer und was treibt die Volksbühne eigentlich zu solchen Wettbewerben? Erscheint es der Volksbühnenleitung so notwendig, daß sich aus dem Theater des werktätigen Volkes ein für Berlin gesellschaftsfähiges Theater entwickelt? Man repräsentiert die tausend kleinen Aufmerksamkeiten nicht mit Rücksicht auf das Ableben Schnitzlers, was trotz der internationalen Bedeutung Schnitzlers als vollkommen unnötig bezeichnet werden kann; nein, man nimmt vielmehr diese stillschweigenden Wettbewerbe in Anspruch, um den lange ersehnten gesellschaftlichen Betrieb auszubauen. Auf die für eine Volksbühne notwen-

dige Aufgabe wird keine Rücksicht genommen. Die Tatsache, daß in diesem nun schon vier Monate alten Theaterwinter als einziges Zeitstück „Kampf um Kitch“ mit beispiellosem Erfolg gegeben wurde, müßte eigentlich zu neuen Aufgaben in dieser Richtung verpflichten. Aber . . .

Eine Tat bedeutet die Aufführung nicht, weder im kulturpolitischen noch im künstlerischen Sinne. Nach einer sehr dehnbaren Gedenkrede von Franz Werfel erfolgt die Aufführung der Schnitzlerschen Grotteske „Der grüne Kakadu“. Lockende Unterweltromantik des 19. Jahrhunderts, am Vorabend der großen französischen Revolution, im psychoanalytischen Sinne Freuds erörtert. Psychologische Spielereien; nichts weiter.

Dahinter als Lückenbüßer „Der Kammer Sänger“ von Wedekind. Es ist schade um die drei wundervollen Szenen des Sozialkritikers Wedekind. Behandelt doch Wedekind in fast pedantischer Sachlichkeit, im Zusammenhang mit Kunst und Prostitution, die individuellen Geschehnisse dreier Menschen, die mit jedem Atemzuge der Öffentlichkeit gehören. In ungerührter Ergriffenheit und kalter Wahrhaftigkeit zeichnet der Ethiker Wedekind die Tragik dieser Ärmsten. Und mit weissagender Resignation entfaltet die Hauptfigur dieser Szenen, der Kammer Sänger

Oskar Geraldo — den Rudolf Forster in einer ganz realistisch ernsthaften Darstellung gibt — das Weltgefühl des Dichters Wedekind. Trotz dem großen darstellerischen Erfolg (neben Forster sind in Episoden Maria Fein und Leonhard Steckel stark wirksam) bleibt dieser Abend ein geistiges und künstlerisches Minus. W. M. Linke.

## Wie aus einem Molière-Drama

Der Fall Lesser Ury

Die Geschichte von dem Bettler, der sich nach seinem Tode als Millionär entpuppt, hat sich in Berlin an dem Maler Lesser Ury wiederholt. Er starb vor drei Wochen, scheinbar in größtem Elend. Das Begräbnis des 70jährigen Malers wurde aus wohlthätigen Gaben bestritten. Bei der Ordnung seines Nachlasses und bei der Durchsichtung seiner Wohnung hat sich nun herausgestellt, daß Lesser Ury in Wirklichkeit ein sehr großes Vermögen hinterlassen hat. Man fand zwischen Bildern und hinter Tapeten etwa 60 000 Mark in Scheinen und Gold, ferner 2000 Dollar. Außerdem waren auch Unsummen von Inflationsgeld versteckt. Nachträglich hat sich dann auch noch eine Bank Unter den Linden gemeldet, die für den Maler Papiere im Werte von einer Million Mark in Verwahrung hat. In der Wohnung Lesser Urys fand man ferner große Mengen vollkommener neuer Wäsche und neuer Kleider, sowie einen wertvollen Pelz. Seine Freunde sagen, er habe immer große Angst vor Raubmördern gehabt und habe deshalb nach außenhin so armselig gelebt. Es steht aber fest, daß er sich auch tatsächlich die größten Entbehrungen auferlegt und kaum gegessen hat.

## Victor und Mathilde

Kleiner Song aus Zwickau

Er hat in seinen vielen Mußestunden In großer Schrift ein kleines Buch geschrieben, Er hat die alte Wäsche ausgewaschen, Um uns zu schildern, wie die Dichter lieben.

Mit breiter Pffiffigkeit schiebt der Alkoven Sich vor des Dichters Pfeil und Waffenschild. Von Heines kühnen, unsterblichen Strophen, Bleibt nur das dicke, süße Kind Mathilde.

So riecht der Snob im Proletarierocke An dem Jahrzehnte alten Zimmerduft. So wird zum Saxophon die Totenglocke, Zum Nest die größte Matratzengruft.

Die Henne gackert eifrig auf dem Haufen, Wenn sie ein kleines Körnchen wieder fand. Er soll doch tausend Papageien kaufen, So etwas braucht man beim Parteivorstand! F. R.

## Kleines Feuilleton

„Straße der Wirtschaftskrise“

Die Stadtverordnetenversammlung der polnischen Stadt Kutno hat einen Antrag angenommen, wonach eine der wichtigsten Geschäftsstraßen der Stadt in „Straße der Wirtschaftskrise“ umzubenennen ist.

## Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifverlag Rudolstadt)

1. Fortsetzung

3.

Frau Wehner hatte den Schrecken über die Heimkehr ihrer Tochter schneller überwunden, als Hedi geglaubt hatte. Sie schimpfte und brummte zwar immer noch den ganzen Tag, und sah ihre Tochter mit giftigen Blicken an. Aber Hedi fühlte in ihrem Geschimpfe einen Unterton von Zärtlichkeit heraus, und wenn die Großmutter ihr kleines Enkelchen auf dem Arm trug, dann vergaß sie ganz, daß sie mit ihrer Tochter garstig und lieblos sein wollte.

Um so eifriger beschäftigte man sich im Stiegenhaus und in den Nachbarwohnungen mit den Ereignissen bei Familie Wehner.

Auf demselben Flur wie Wehners wohnte im Parterre die Familie Bader. Der Mann war Reisender bei einem Margarinehändler, er fuhr die ganze Woche über draußen auf dem Lande herum und verkaufte seine Margarine. Die Frau war dadurch viel allein. Sie war früher Köchin gewesen. Lange hat sie es nirgends ausgehalten. In jeder Stelle gab's Streit, bald mit der Hausfrau, bald mit den anderen Mädchen im Hause. So mußte sie immer wieder wandern. Kaum war sie irgendwo aufgenommen worden, machte ihr böses Maul ihr so viele Feinde, daß die Hausfrau sie schleunigst davonjagte. Nun war aber doch vor Jahren das Glück über sie gekommen. Der Bader war ein entfernter Vetter von ihr. Beim zweiten Kind war seine Frau im Wochenbett gestorben. Das Kind hatte sie ihm zurückgelassen. Was wollte der Mann jetzt anderes tun mit seinen zwei kleinen Würmern, als schnell wieder heiraten? Und

so kam das große Glück über sie, so wurde sie Eusebia Bader, die Frau des Margarine-reisenden.

Alles wäre jetzt gut gewesen, wenn sie nur nicht gar so einsam gewesen wäre. Was sollte sie denn den ganzen Tag tun? Früher, bei der Herrschaft, da konnte man der Gnädigen einen Possen spielen, da konnte man über die Marie vom zweiten Stock rasonieren und mit der Köchin von Kommerzienrats darüber tuscheln, daß gestern nacht schon wieder ein Mann gesehen wurde, der heimlich aus dem unerleuchteten Treppenhause hinauslief und der ganz gewiß bei der Marie gewesen ist, wo die Marie doch überhaupt so eine ist. Unterhaltung gab's überhaupt immer bei den Herrschaften. In ihrer letzten Stelle bei dem Bankier kam jeden Tag der Friseurgehilfe und hat den Herrn rasiert, und immer, wenn er sich in der Küche Wasser geholt hat, gab es eine lustige Unterhaltung. Einmal hat er die Eusebia sogar am Kinn gepackt und hat zärtlich mit ihr getan. Warum er nur damals in der Nacht nicht gekommen ist? Sie hat ihm doch genau beschrieben, wie er zu ihr kommen kann.

Und jetzt? Mit wem kann man denn jetzt überhaupt noch ein verräufliches Wort reden? Die Wehners von neben an, die waren ja so eine hochnäsige Gesellschaft. Sie tun, als ob sie selbst eine Herrschaft wären.

„Guten Morgen, Frau Wehner,“ hat die Eusebia Bader unlängst gesagt, wie Frau Wehner mit ihrem Henkelkorb vom Markt zurückkam und Frau Bader gerade die Treppe geputzt hat. Und was hat diese unverschämte

Person gemacht? „Guten Morgen, Frau Bader,“ hat sie gesagt und ist in ihre Wohnung gegangen. So eine Frechheit; nicht einmal stehengeblieben ist sie bei ihr, nicht einen Satz hat sie mit ihr geredet, nicht einmal eine Neuigkeit hat sie ihr erzählt. Einfach „guten Morgen, Frau Bader“, und dabei hat sie auch noch freundlich gelächelt. „So ein Gesindel,“ hat damals Frau Bader gemurmelt, „mit so einer muß man auf demselben Flur wohnen.“

Seitdem die Hedi mit dem Kleinen zurückgekommen ist, ist's überhaupt nicht mehr auszuhalten. Früher hat's doch hier und da von Küchenbalkon zu Küchenbalkon eine Unterhaltung gegeben. Seitdem das Kind da ist, hört und sieht man überhaupt nichts mehr von den Wehners. Den ganzen Tag sitzen sie in ihrer Küche zusammen. Wenn sie wenigstens im vorderen Zimmer wären, das stößt an das Schlafzimmer der Badern an; wenn man da das Ohr an die Wand legt, kann man ganz schön hören, was drüben geredet wird. Aber jetzt halten sie sich immer in der Küche auf. Aus lauter Bosheit tun sie das, nur um die Frau Eusebia Bader zu ärgern. Und so was soll man sich gefallen lassen.

Ein Trost ist nur, daß oben im ersten Stock richtige Leute wohnen. Das sind Nachbarn, die Bildung und Verstand haben. Dabei ist er ein hoher Beamter; Kriminalschutzmann bei der Stadt. Also ein mächtiger und einflußreicher Herr, der Herr Lorenz Hammer. Und so leutselig. Immer bleibt er bei der Frau Bader stehen, immer weiß er etwas Neues zu erzählen. Sogar aus seinem Amt brachte er ihr Neuigkeiten mit. Wenn in der Stadt ein Mord oder sonst ein Kapitalverbrechen passiert war, da braucht Frau Bader nur auf der Treppe zu sein, mittags um zwölf Uhr, wenn der Herr Kriminalschutzmann nach Hause kam, alles hat sie dann haarklein erfahren, und dabei hat man immer gemerkt, der Herr Kriminalschutzmann weiß noch viel mehr, er

weiß schon, wer der flüchtige Täter ist; aber sagen darf er das doch nicht wegen dem Amtsgeheimnis. Der Frau Wehner ihr Mana war auch bei der Kriminalpolizei gewesen. Der war sogar Kriminalwachtmeister. Deshalb bildet die unverschämte Person sich wohl was ein, weil ihr Mann mehr war, wie der Herr Hammer. Aber der ist ja tot und jetzt kann sie von ihrer Pension hungern, und der Hammer lebt, und der kriegt doppelt soviel Gehalt, wie die Witwe Wehner mit ihren zwei Kindern Pension kriegt. Das hat sie jetzt von ihrem Hochmut. Hi — hi — i — — —! Frau Bader mußte wirklich lachen, wenn sie sich das klar-machte.

4.

Der Kriminalschutzmann Lorenz Hammer war schlecht gelaunt, als er mittags um zwölf Uhr von seinem Amt nach Hause ging. Den ganzen Vormittag über hatte der Kriminalamtmann wieder genörgelt. Es war ein Jammer mit diesem Vorgesetzten. Hat es dieser Mensch doch gewagt, dem Hammer zu sagen, seine ganzen Erhebungen seien für die Katz; an den Hauptsachen wäre er immer vorbeigegangen, er hätte gar nicht erfaßt, auf was es ankommt, und so etwas dürfe man der Staatsanwaltschaft gar nicht vorlegen, sonst blamiere sich die Kriminalpolizei. In des Hammers Gegenwart hat er dann den Schutzmann Weber gerufen und hat ihm gesagt, er solle die Erhebungen nochmals machen, der Hammer bräute es nicht fertig. Genau so war es früher, wie der Kollege Wehner noch gelebt hat. Was der gemacht hat, das war immer richtig, das wurde immer vom Kriminalamtmann gelobt. Immer hat es damals geheißen, wenn es etwas Schwieriges gab, nehmen Sie die Sache, Wehner, die anderen können es doch nicht. Jetzt ist der Wehner glücklich tot, und nun geht's mit dem Weber genau so.

(Fortsetzung folgt)



# „Im Westen nichts Neues“

## Die Verhandlungen in Paris

Das Zwiesgespräch Berlin—Paris setzt sich hinter verschlossenen Türen fort. Die offiziellen Mitteilungen sind so allgemein gehalten, daß ein Rückschluß auf den Fortgang kaum möglich ist. Ueber den Stand der Dinge unterrichtet vielleicht am klarsten das Pariser „Journal“. Nach seiner Ansicht bestehen noch zwei Meinungsverschiedenheiten in der deutschen und in der französischen Auffassung; die eine betreffe das einzuschlagende Verfahren, nämlich inwieweit der Beratende Ausschuß der BIZ die kommerziellen Passiva (privaten Handelsschulden) Deutschlands zu berücksichtigen habe. Selbstverständlich müsse die Regelung der Reparationen für die Krisenzeit die gesamte Finanzlage Deutschlands berücksichtigen. Es habe aber nur relative Bedeutung, wenn man sich hinsichtlich der Handelschulden für die einzig gerechte Lösung entscheidet, nämlich, daß die, die das Geld ge-

liehen haben, auch die etwaigen Verluste tragen müßten.

Die zweite Meinungsverschiedenheit sei dagegen wesentlicher. Die französische Regierung vertrete den Standpunkt, daß die zu treffende Regelung streng auf den Zeitabschnitt des wirtschaftlichen Niederganges beschränkt bleiben und die Türe für eine Wiederaufnahme des Young-Planes nach Beendigung der Krise offen gelassen werden müsse. Deutschland trete dagegen für eine Regelung ein, die vollkommen den Young-Plan ersetze und einen endgültigen Charakter tragen solle.

Das „Echo de Paris“ scheint bereits mit einer recht baldigen Einigung über die Zuständigkeit des Sachverständigenausschusses zu rechnen; denn es berichtet, daß die Regierungskonferenz, die nach Ausarbeitung des Gutachtens der Sachverständigen zusammentreten solle, in den ersten Januar Tagen in Paris beginnen werde.

## Ehrlicher Handel!

Zum „französisch-deutschen Dialog“ nimmt Lucien Romier im Paris-Midi Stellung mit der Frage, wo sind die Gegenleistungen für die Hilfe, die Deutschland von Frankreich fordert?

„Wenn sie da sind, so brauchen sie sehr lange, um in Erscheinung zu treten. Bis jetzt sieht es so aus, als ob wir nur eingeladen wären, uns großzügig zu zeigen, um das Leben für den ehrenwerten Herrn Brüning angenehm zu machen, und um die inneren Unruhen hinauszuziehen, die sich unglücklicherweise als beinahe unvermeidlich ankündigen.“

Frankreich ist nach Maßgabe seiner Kräfte bereit, seinen Nachbarn dabei zu helfen, ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen. Will man die guten Absichten Frankreichs gebrauchen oder will man sie mißbrauchen? Wenn man sie für ein vernünftiges Unternehmen gebrauchen will, so muß man auf den Tisch die Elemente eines ehrlichen Handels niederlegen, eines Handels, bei dem jeder auf seine Rechnung kommt und seinen Vorteil hat. Jede andere Methode wird scheitern.“

Diese Sprache ist so klar und nüchtern, wie es die Sache sein sollte. Das Ganze ist ein Geschäft — wer könnte sich darüber täuschen? Aber bei Geschäften sollte man nicht mit „nationalen“ Gefühlen und ähnlichen Unzugehörigkeiten operieren. Das macht den Partner, der schon einige böse Erfahrungen hinter sich hat, nur mißtrauisch. Was da geschlossen werden soll, ist — die „Arbeiterpolitik“ braucht es uns nicht zu sagen — ein Handel zwischen kapitalistischen Staaten; aber schließlich ist die deutsche und auch die internationale Arbeiterschaft nicht ganz uninteressiert, ob ihr Möglichkeit, zu arbeiten, gegeben wird oder nicht. Sie wird darum ihren Kampf gegen das internationale Kapital, Kampf, der international auch geführt werden muß, nicht einstellen — ihn im Gegenteil um so tatkräftiger führen und führen können. Freilich nicht mit Schlagworten, die die Domäne der „Arbeiterpolitik“ bleiben mögen.

## Der „Klassenkampf“ der Staatsmänner

Bei der Rundfunkkomödie, die zwischen Groener und Braun gespielt wurde, ist wieder einmal allerlei Erbauliches zutage gekommen. Der „Vorwärts“ schob in dem Bestreben, den wahren reaktionären Charakter seines Freundes Groener vor den sozialdemokratischen Arbeitern nicht offenbar werden zu lassen, den Rundfunkreferenten im Reichsinnenministerium, Scholz, als Prügelknaben vor. Scholz war — wie der „Vorwärts“ selbst ausdrücklich feststellt — schon bei seiner Ernennung für diesen Posten im Jahre 1926

ein Deutschnationaler. Und nun höre man, was der „Vorwärts“ weiter zu melden weiß:

„Severing beförderte (als Reichs-Innenminister, d. Red.) den ehemaligen Oberregierungsrat Scholz, der im Reichsministerium des Innern gleichzeitig Referent für Rundfunkangelegenheiten ist, zum Ministerialrat. Seitdem hat Herr Scholz sich kräftig nach rechts entwickelt.“

Ach nee! Seltsam bei einem Deutschnationalen! Und wenn der „Vorwärts“ sich dann entrüstet über die „subjektiven Darstellungen“ eines der sehr weit nach rechts gerichteten Ministerialräte und Herrn Groener fragt, wie lange er sich noch auf die Berichte dieses Mannes verlassen wolle, dann ist das nichts als eitel Heuchelei. Fragt Severing, das ist die richtige Adresse! Der hat Scholz zu dem gemacht, was er heute ist. Und seht euch die ganze Staatsmännerei der SPD an, die hier wieder einmal eine schöne Frucht getragen hat!

## Zuchthäusler Alfons

Spaniens Exmonarch von Parlament verurteilt.

Noch ist nicht zu übersehen ob die spanische Revolution im Sande verläuft wie die deutsche oder ob sie „weitergetrieben“ wird. Immerhin haben die Spanier etwas von Deutschland gelernt. Sie haben den Exkönig Alfons in Abwesenheit zur Rechenschaft gezogen und wegen „Majestätsbeleidigung gegen die Souveränität des Volkes“ und als Führer des Militärstaatsstrichs

zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Falls er spanisches Gebiet wieder betreten sollte, würde die Todesstrafe für ihn nur in Frage kommen, wenn er durch sein Verhalten eine Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Republik bedeuten würde. Sämtliche Güter, Rechte und Wertpapiere des Schuldigen, soweit sie sich in Spanien befinden, sollen zugunsten des Staates konfisziert werden. So der Urteilspruch des Cortes, des spanischen Parlaments.

Da sind wir Deutsche doch bessere Menschen! Unsere Exmonarchen und Exthronfolger können lachen. Ihnen droht nicht Zuchthaus, nicht Todesstrafe, wenn sie konspirieren. Ihnen „droht“ nur eins: Millionen von einem armen Volk erpressen zu dürfen. So gutmütig sind wir... Gott sei's geklagt!

## Der Herr Verduldiger

Madrid, 14. November.

Graf Romanones erklärte, er werde in dem Verfahren gegen den König, das auf der spanischen Parlament überreichten Anklage aufgebaut ist, die Verteidigung des Königs übernehmen.

# Kampf in Hessen

## Gegen einen SPD-Bürgermeister darf nichts gesagt werden

Am Donnerstag fand in Nieder-Florstadt bei Friedberg eine überfüllte Versammlung der SAP statt, die von mehr als 600 Personen besucht war. Da es sich hier um eine bisher sichere Domäne der SPD handelte, hatte die SPD alles aufgeboten und einen sich zur „Opposition“ zählenden Diskussionsredner gestellt. Unser Referent, Genosse Klister-Berlin unternahm dann eine scharfe Abrechnung mit der SPD-Politik seit 1918. Waren wir erst mit abweisender Kälte empfangen worden, so wurde im Verlauf des Referats die Stimmung immer günstiger.

Dann erhielt der Vertreter der SPD eine Stunde Redezeit, in der er versuchte, in teils unsachlicher und demagogischer Weise den Eindruck des Referats zu verwischen. Er versuchte schließlich die Versammlung damit zu trösten, daß es z. B. in Ungarn immer noch weit schlimmer sei als in Deutschland. Am Schluß versuchte er die Versammlungsleitung mit einer Resolution, über die er selbst abstimmen lassen wollte, zu überrumpeln, was ihm aber daneben gelang. Als er dann nach Schluß der Versammlung eigenmächtig darüber abstimmen ließ, erhoben sich ganze 25 Hände.

Vorher war ihm im Schlußwort die entsprechende Abfuhr zuteil geworden, indem u. a. seine vielfach unwahren Behauptungen

betr. Spaltung etc. leicht richtiggestellt werden konnten. So endete diese Versammlung mit einem sichtbaren Erfolg für die SAP. Interessant war, daß der sozialdemokratische Bürgermeister seinen Polizeibeamten mit der Weisung sandte, wenn gegen den Bürgermeister etwas gesagt werde, würde — die Versammlung aufgelöst. —

## Brüning im hessischen Wahlkampf

Nun hat auch Brüning in einer Mainzer Versammlung für das Zentrum gesprochen. Inhaltlich war seine Rede nur eine Wiederholung seiner Rede vor dem Parteausschuß des Zentrums. Er sagte mit besonderer Betonung, daß ein Ausweg aus der Krise ohne fremde Hilfe und isoliert für Deutschland unmöglich sei. Trotzdem durch Zölle die Preise der Landwirte hochgetrieben wurden, zeige sich, daß der Landwirtschaft infolge der schrumpfenden Kaufkraft des Konsumenten nicht geholfen sei.

Ein positives Programm konnte Brüning auch hier nicht entwickeln. Er begnügte sich mit einem unverbindlichen Appell an die Vernunft des deutschen Volkes, das freilich von solchen Reden weder Arbeit bekommt, noch satt wird.

# Tsitsikar vor dem Fall?

## Neue Schlachten in der Mandschurei

China und Japan schicken unaufhörlich Noten ans Völkerbundssekretariat, das, wie aus Genf gemeldet wird, die Fülle der eingegangenen, sich begrifflicher Weise widersprechenden Schriftstücke kaum noch bewältigen kann.

Inzwischen gehen die Kämpfe im fernen Osten weiter. Berichtet wird von einer neuen Schlacht an der Nonni-Brücke.

Der chinesische Rebellengeneral Schanghaipeng operiere, von Japanern unterstützt, bereits im Rücken des Generals Ma und

die Einnahme von Tsitsikar stehe bevor. Damit wäre die Stellung der chinesischen Truppen in der Mandschurei als zusammengebrochen zu betrachten.

Verschärft hat sich — unter gegenseitiger Beschuldigung —

die Konfliktstimmung zwischen Rußland und Japan.

Das Außenkommissariat der Sowjet-Union hat in Tokio Protest einlegen lassen und gleichzeitig um Auskunft ersucht, ob es zutrefte, daß die Japaner beabsichtigen, die chinesische Ostbahn zu besetzen.

In Nanking demonstrierten zehntausend chinesische Studenten in Uniform und verlangten die

## Kriegserklärung an Japan.

da eine Hilfe vom Völkerbund nicht zu erwarten sei. Sicher wäre ein derartiger Schritt den Japanern nur willkommen, er würde ihnen erst recht den Vorwand für ihre imperialistischen Ziele geben.

Immer wieder zeigt sich, daß die Japaner gar nicht daran denken, ihren Eroberungszug einzuhalten, es sei denn, die Chinesen unterwerfen sich. Japan ist zwar bereit, zu „verhandeln“, aber nur auf der Grundlage der folgenden vier ultimativen Bedingungen:

1. Matschangschen soll die um Tsitsikar und Angantschi stehenden Truppen auf ihre ursprüngliche Stellung zurückziehen und in Tsitsikar nur die übliche Besatzung lassen.

2. Keine Truppenabteilung darf südlich der Ostchinesischen Bahn verbleiben.

3. Die Eisenbahn Taoman—Angantschi wird von dem Ordinary Railway-Board verwaltet werden. Das chinesische Militär darf sich nicht in diese Verwaltung einmischen. Würde es dies doch tun, dann würden die Japaner das Recht erhalten, jede von ihnen für nötig gehaltene Maßnahme zu ergreifen.

4. Alle Bedingungen müssen bis zum 25. November erfüllt werden.

# Von der Lügenfront

## Mierendorfs Siegesbericht

Am Donnerstag fand in Darmstadt die zweite öffentliche Wählerversammlung der SAP statt, die gut besucht war und zu deren Besuch die Darmstädter SPD das Reichsbanner abkommandiert hatte. In der Versammlung sprach der Genosse Seydewitz über die faschistische Gefahr und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Nach Seydewitz sprach in der Diskussion der Genosse Mierendorf von der SPD, der sich vergeblich bemühte, mit allerlei schönen Redensarten die Darlegungen des Genossen Seydewitz zu entkräften.

Mierendorf entrüstete sich zuerst darüber, daß ihm die SAP nur eine Stunde Redezeit gewährte. Angesichts der Tatsache, daß der SPD-Bezirksvorstand für Hessen in einem Aufruf kundgemacht hat, daß es in den SPD-Wählerversammlungen keine Diskussionen mehr gibt, wirkte die Entrüstung Mierendorfs besonders originell. Lang und breit versuchte er den theoretischen Unterschied zwischen sozialer und proletarischer Revolution darzulegen, den entdeckt zu haben das besondere Verdienst von Mierendorf ist. Mierendorf, der gegenüber den sachlichen und eindeutigen Feststellungen von Seydewitz die Tolerierungspolitik zu verteidigen suchte, empfahl den Arbeitern, noch weiter die von ihm verkündeten Erfolge der Tolerierungspolitik abzuwarten. Die Ausführungen von Mierendorf, die jede grundsätzliche Linie vermissen ließen, wurden zwar von den abkommandierten Reichshamerleuten pflichtgemäß applaudiert, machten aber auf die übrigen Versammlungsbesucher, die ungefähr die Hälfte ausmachten, und die dem Genossen Seydewitz lebhaften Beifall spendeten, keinerlei Eindruck.

Beweis dafür, daß Mierendorf seinen Argumenten keine nachhaltige Wirkung zutraute, war das Verhalten Mierendorfs während des Schlußwortes von Seydewitz, das Mierendorf fortgesetzt durch Zwischenreden zu stören versuchte. Die Meinungsfreiheit und die Toleranz in der SAP, von der in der SPD nichts mehr zu verspüren ist, versuchte Mierendorf zu mißbrauchen. Er, und zwar er ganz allein versuchte während des Schlußwortes von Seydewitz immer wieder, wie ein bestellter Krachmacher zu randalieren, was besser als alles andere beweist, daß dem Genossen Mierendorf die Wiederlegung und die Abfuhr durch den Genossen Seydewitz sehr unangenehm war. Der Beifall am Ende des Schlußwortes des Genossen Seydewitz bewies, daß die Versammlung mit Ausnahme der abkommandierten Reichshamerleuten dem Redner der SAP zustimmte.

## Infam zu kassieren!

Sorgen haben die Heilmänner schon! Jetzt müssen sie sich schon um die „Reinheit“ der Nazis kümmern. Wer weiß, wie bald man Hitler „tolerieren“ muß? Also ist man interessiert, daß die NSDAP auch honorig und für die sozialdemokratische Mitgliedschaft präsentabel ist. Kein Wunder, daß sich die der Heilmann furchtbar aufregt, daß ein am 8. Mai 1918 (man hat die großen historischen Daten gut im Kopf!) „mit schlechtem Abschied aus der preußischen Armee“ entfernter Offizier, ein Hauptmann Otto Wagner, nun zum Mitglied der Reichsleitung der NSDAP ernannt worden ist. „Infam kassiert“ überschreibt der um den guten Ruf der Nazis ängstlich besorgte Heilmann elegisch und tobend zugleich seinen Erguß, den er mit den entrüsteten Worten schließt: „Jedenfalls ist es für die Parteilichkeit der NSDAP eine Schande, daß sie Heilmann für ehemalige infam kassierte Offiziere ist.“

Man kann die Entrüstung begreifen. Soll etwa gelegentlich dem national zuverlässigen Germanen Heilmann zugemutet werden, sich mit einem „infam kassierten“ Offizier an einen Tisch zu setzen? Was sollte sein Idol Hindenburg da denken? Oder Herr Groener? Man hat doch noch Ehre im Leib!

Was aber denkt die sozialdemokratische Arbeiterschaft von solchen Führern? Finden sie nicht auch, daß eigentlich der „Genosse“ Heilmann längst reif ist, „infam kassiert“ zu werden?

## Er hat sich nicht auf der Bauch gelegt

Der „Vossischen Zeitung“, die in einer Erinnerung an den Bierkeller-Putsch in München Ludendorffs Bauchfall erwähnt hatte, schreibt der General:

„Das ist eine geschichtliche Unwahrheit. Ich habe mich nicht aufs Pflaster gelegt, sondern ich bin aufrecht durch die auf mich schießende Feuerlinie hindurchgegangen und wurde im Rücken der Feuerlinie von der Schutzpolizei angehalten.“

Die Frage ist, ob nicht die auf ihn „schießende Feuerlinie“ nur ein schießendes Punkt war, ob der graube General in Paulen bei seinen jiddischen Sprachübungen die deutsche Sprache verlernt hat.

Das Urteil im Henning-Prozeß wird am Montag um 15 Uhr verkündet werden.

Mierendorf hat nach der Versammlung im Darmstädter „Volksfreund“ den üblichen sozialdemokratischen Siegesbericht veröffentlicht, nach dem er der Held des Tages war und die SAP vernichtend geschlagen hat. Eine besondere Leistung in dem Siegesbericht Mierendorfs ist die Behauptung, daß Seydewitz in dieser Versammlung, „durch Mierendorf in die Enge getrieben“, verkündet hat, daß Seydewitz und die SAP nach dem Sturz Brünings Hitler tolerieren wird. Gehört hat außer Mierendorf diese Weisheit in der Versammlung niemand, und schließlich ist diese Behauptung angesichts der Tatsache, daß Seydewitz in seinem Schlußwort mit besonderem Nachdruck festgestellt hat, daß die Aufgabe der Arbeiterklasse

## die Bekämpfung von Brüning und Hitler, die Bekämpfung von Kapitalismus und Faschismus

ist, so dumm, daß sie keiner besonderen Widerlegung bedarf. Da Mierendorf selbst nicht so recht von seinem „Sieg“ überzeugt zu sein scheint, erfindet er nachträglich mit sehr zweifelhaften Mätzchen die von ihm gegen die SAP erreichten „Erfolge“.

Einen besonderen Scherz erlaubt sich Mierendorf in seinem Siegesbericht mit der Feststellung, daß Seydewitz ihm drohte, ihn von der Leuschner-Polizei aus der Versammlung herauszuwerfen zu lassen. Richtig ist, daß Seydewitz in seinem Schlußwort dem hysterisch randalierenden Mierendorf sagte, daß er sich beruhigen solle, sonst müsse die SAP-Versammlungsleitung gegen den Radaumacher so vorgehen, wie in SPD-Versammlungen gegen kommunistische Zwischenrufer vorgegangen wird. Diese läßt nämlich die SPD im hessischen Wahlkampf schon bei den harmlosesten Zwischenrufen von der Polizei aus dem Saale werfen. Ist Mierendorfs Bericht richtig, hat Seydewitz Mierendorf mit dem Hinauswurf aus der Versammlung gedroht, und ist dazu, wie Mierendorf nicht bestreiten kann, die ganze Versammlung einschließlich Mierendorfs Reichsbanneranhänger denn auch still und ruhig gewesen, so widerlegt das allein schon den Siegesbericht Mierendorfs, nach dem die SPD die Versammlung beherrscht haben soll. Wäre das der Fall gewesen, so hätte sich die Versammlung diese Drohung von Seydewitz sicherlich nicht stillschweigend gefallen lassen.

In Wirklichkeit war denn auch die Versammlung in Darmstadt trotz der krampfhaften Bemühungen von Mierendorf ein guter Anfangserfolg der Sozialistischen Arbeiterpartei in dem reformistischen Darmstadt.



# Sportschau der SAZ

## Winterfreuden der Arbeitersportler

N. P. Raube Winde fegen durch die Straßen und spielen mit den letzten, längst gefallenen Blättern. Es gibt keinen Zweifel mehr, auch der Herbst will uns verlassen und dem Winter das Feld räumen. Noch wissen wir nicht, was er dem schaffenden Volk bringen wird. Viele Menschen erwarten ihn mit Sorge um Nahrung und Kleidung. Hoffen wir, daß der Winter nicht allzu streng wird.

Wenn aber eines Tages sich der trostlos graue Wolkenvorhang entleert, wenn lustiges Flockengewimmel sich langsam auf Straßen und Dächer, auf Fluren und Wälder senkt, dann mag manches gequälte Gemüt etwas leichter werden beim Anblick der weißen Pracht. Und hier stoßen wir auf die Ursache der großen Liebe zur Natur in der Arbeiterschaft. Wenn sich alles gegen sie aufbäumt, wenn die ganze Welt in totem Wirbel unterzugehen droht, die Natur ist gleich gütig und gibt dem Halt und innere Freuden, der sie aufsucht. Je trostloser die wirtschaftliche Lage, umso notwendiger ist dieser Ausgleich.

Jetzt schon werden die schwer erworbenen Wintersportgeräte hervorgeholt und nochmals durchgesehen. Erinnerungen tauchen auf an glitzernde Pracht, an sausende Abfahrten und stille Stunden im trauten Naturfreundehaus. Fällt dann der erste Schnee, so sehen wir an den Sonntagen Hunderte zum Bahnhof ziehen, um dem Wintersport zu huldigen. Verstaubte Großstadtlungen dehnen sich in reiner Winterluft, erschlafte Muskeln spielen wieder.

Von allen Wintersportarten ist es der Schilauf, der die meisten Anhänger gefunden hat. Zu seiner Beherrschung ist eine gewisse körperliche Tüchtigkeit, aber auch eine gute Anleitung und Unterweisung nötig. Die Naturfreunde haben es sich seit Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht, für die Verbreitung des Wintersportes in der Arbeiterschaft zu wirken. Zu diesem Zwecke werden überall, wo sich Ortsgruppen befinden, Trockenkurse, Geländekurse usw. veranstaltet. Das Winterprogramm der meisten Ortsgruppen sieht des weiteren Lichtbilder- und Filmvorträge über die Technik des Schilaufs und vieles andere vor. Schi-Wanderungen unter fachkundiger Anleitung geben dann Gelegenheit zur praktischen Anwendung des Gelernten. Es werden neben Lang- und Sprungläufen, insbesondere auch Abfahrtsläufe, durchgeführt. Bei der weißen Olympiade in Mürzzuschlag hat es sich gezeigt, daß die zuletzt genannten Läufe den Naturfreunden als Tourenläufern besonders liegen. Sie belegten dort im 10 km-Abfahrtslauf und im 3 km-Hindernislauf beste Plätze.

Die Naturfreunde haben im Laufe der Jahre im Wintersport eine beachtliche Entwicklung durchgemacht und jeder Arbeitersportler findet bei ihnen, was zur sachgemäßen Ausübung dieses Sportes notwendig ist. Gerade deshalb ist es angebracht, darauf hinzuweisen, welche große Zahl von Wintersportlern, die in die Reihen der Arbeiterorganisationen gehören, in gemerischen Organisationen ihrem Sport nachgehen. Jeder Schaffende sollte daran denken, daß er in die Arbeitersport-Organisation gehört und sich zur Ausübung des Wintersports den Naturfreunden anschließen sollte.

Handle jeder Wintersportler danach, wenn die Naturfreunde in den kommenden Monaten werben.

## Schaff einen Zeitungsfonds!

Mit Lüge und Verleumdung und mit Lufendorffschen Heeresberichten versucht man unsere junge Bewegung zu „besiegen“.

Das wird nicht gelingen; um aber allen Schwindel zu widerlegen und unsere positiven Gedanken in die Massen zu tragen, brauchen wir eine Tagespresse

**Dazu brauchen wir Geld!**  
Zahl Beiträge für den Zeitungsfonds auf Postcheckkonte

**Max Seydewitz,**  
Postcheck-Konto Leipzig Nr. 41679

## SAP und Arbeiter-Sport

Die in jüngster Zeit gegründete Sozialistische Arbeiter-Partei hat es sich unter anderem zum Ziel gesetzt, die von der SPD und KPD bürokratisch aufgestellten Hindernisse für den gemeinsamen revolutionären Kampf auszumerzen. Besonders trifft diese Absicht für den Sport zu. Jeder von uns fühlt und erkennt, daß die Spaltung in den Massen-Organisationen der Arbeiterschaft schnellstens überwunden werden muß, wenn das deutsche Proletariat den Faschismus besiegen und ein sozialistisches Deutschland gewinnen will.

Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, wer den Arbeitersport gespalten hat, sondern es gilt vielmehr, ernsthaft den Anfang zu machen, den Partei-Linien im Sport entgegenzutreten. Der Arbeitersport muß, wenn er seine Aufgaben erfüllen will, in erster Linie ein Hammer für den Befreiungskampf sein. Er muß gerade in der jetzigen Situation die Wehrfähigkeit des Proletariats bewußt fördern und muß vor allen Dingen seine Mitglieder ideologisch dazu erziehen. Leider steht im Arbeitersport der Wettspielkampf weit mehr im Vordergrund als der Kampfgedanke des Siegers über den Klassengegner. Um sich von der Wirklichkeit dieser Behauptungen zu überführen, braucht man sich nur einmal den Sportteil der „Roten Fahne“, des „Vorwärts“ und ganz besonders der Münzenberg-Presse zu veranschaulichen. Ähnlich sieht es auch in den Provinzblättern aus. Der Kampf um die Punkte, die oftmals bewußt hochgetragenen Sportveranstaltungen auf der Aschenbahn, sind für viele Arbeitersportler auch in der Jetztzeit viel wichtiger als eine systematische Breitenarbeit unter der Landbevölkerung für den Gedanken des Sozialismus.

Die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit stellt beispielsweise als ersten Punkt auf ihr Programm:

Schnellere Loslösung der Proletarier in den Arbeitersport-Organisationen von der sozialfaschistischen Bürokratie.

Man arbeitet also nicht darauf hin, die anderthalb Millionen in den Arbeitersport-Verbänden zu erobern, sondern sammelt vielmehr die oppositionellen Sportler in besondere Vereine und schreit dann „Sporteinheit!“ Und was ist der Erfolg? Haß und gegenseitige Erbitterung werden dadurch zwangsläufig unter den Arbeitersportlern hervorgerufen.

Auf der Gegenseite sehen wir, daß, wenn Oppositions-Sportler mit Bundes-Sportlern spielen, der Bundesvorstand diese Mitglieder kurzerhand ausschließt. Daß dadurch die gesamten Arbeitersportler nie wieder zu der längst ersehnten Einheit kommen werden, liegt klar auf der Hand. Diese Gegensätze zu überbrücken wird eine unserer Hauptaufgaben sein. Es gibt abertausende Arbeitersportler, die von jeher gegen die Spaltung waren und sich nach wie vor zur Aufgabe gemacht haben, für den Gedanken der Einheit zu werben und zu kämpfen.

Daß der bürgerliche Sport mit seinen 6 Millionen Mitgliedern aus der durch die Spaltung hervorgerufenen Uneinigkeit im Arbeitersport nur Nutzen ziehen wird und auch bereits schon gezogen hat, liegt für jeden Klardenkenden auf der Hand. Schaut hin, sagen diese Führer zu den Mitgliedern, was für ein Parteisport dort getrieben wird. In unseren Vereinen kann jeder Mensch Mitglied werden, wir treiben keinen Parteisport. Dies sind natürlich die althekanntesten Redewendungen der bürgerlichen Sportführer, welche die Mitglieder massen von den „Nationalen Belangen“ der bürgerlichen Sports geschick abzulenken verstehen. Denn der bürgerliche Sport ist heute eine der größten Stützen des kapitalistischen Systems in Deutschland. SPD und alle bürgerlichen Parteien sind an der Führung beteiligt. Sie haben nur eine Aufgabe (wie sich der Jugendführer

Dr. Neuendorf klar ausdrückte) „die Massen so viel mit Sport zu beschäftigen, daß sie ihre elende wirtschaftliche Lage vergessen.“ Darum diesem System den schärfsten Kampf. Wollen wir mit unserer Aufgabe vorwärts kommen, dann ist es notwendig, daß wir uns schnellstens genaue Richtlinien für zukünftige Arbeit in den Sportfragen schaffen. In Berlin werden die in der SAP organisierten Sportler noch in diesem Monat zusammenkommen. Jeder, der mitarbeiten will und geeignete Vorschläge vorbringen kann, wende sich darum an die Bezirksleitung der SAZ, Prenzlauer Allee 34.

## Die Großmacht der Arbeiter-Sportler

Am heutigen Sonntag vormittag 11 Uhr läuft im Capitol Dortmund-Marten der Film der zweiten Arbeiter-Olympiade die „Großmacht der Arbeiter-Sportler“. Vielen Genossen, die die Not der Zeit dazu zwang, an diesem gigantischen Fest nicht teilnehmen zu können, wird dadurch Gelegenheit gegeben. Teilausschnitte aus der Arbeiter-Olympiade mit zu erleben. Ueberwältigend wirkt der Aufmarsch der 200 000 Arbeiter-Sportler und -Sportlerinnen durch die Straßen Wiens.

Die geschickt zusammengestellten Ausschnitte der Sportler und Sportlerinnen bei ihrer Tätigkeit, der Schwimmer in ihrem nassen Element, der Athleten bei der Ausübung ihrer Kraft, lassen jeden das Fest durch diesen Film zum persönlichen Erlebnis werden.

Neben diesem Film wird ein weiterer Lehrfilm „Ein Gang durch das Bundeshaus“, sowie „Lustige Knaben beim Spiel“ und „Ein Querschnitt durch die Leichtathletik“ gezeigt. Wir rufen der Arbeiterschaft zu, unterstützt diese Veranstaltung durch rege Teilnahme, denn nur dadurch kann die Verbundenheit der Arbeiter-Sportler zur Arbeiterschaft noch enger geschlossen werden als bisher.

Ein zweiter Filmabend ist für Donnerstag, den 19. November, nachmittags 3.15 Uhr, im Kino Behler, Dortmund-Lütgendortmund und in Lünen-Brambaur vorgesehen.

## Solidarität Breslau

Abteilung Ohlauertor: 17. November Abteilungsabend bei Cichos, Klosterstr. 125.

Abteilung Nikolaitor: 17. November Abteilungsabend bei Mally, Westendstraße 37.

Abteilung Stadtmitte: 19. November Abteilungsabend bei Wende, Herrenstr. 7 a.

Abteilung Odertor: 16. November Abteilungsabend bei Wieczorek, Bartschstr. 6.

Abteilung Dürrgoy: 17. November fällt der Abteilungsabend aus.

Abteilung Friedewalde: 21. November Abteilungsabend bei Koschel, Hundsfelderstraße.

Jugendabteilung: 16. November, 20 bis 22 Uhr, Liedernabend im Heim West, Friedrich-Wilhelm-Str. 45. — 17. November, 20 Uhr, Jugendvollversammlung im Heim Nord, Mehl-gasse 39, Ecke Paulinenstr. — 18. November, 19.30 Uhr, „Die Küche in der Karikatur“, im Heim Nord. — 20. November, 20 Uhr: Arbeitsgemeinschaft: „Arbeiterführer des 19. Jahrhunderts (Marx, Engels und Bebel)“. Referent: Genosse Roski, im Heim Nord.

Motorradfahrer-Abteilung: 20. November Abteilungsabend im Zentralballsaal, Westendstraße 50.

## Drei Stunden Bundes-Schule

Der ASV Neukölln benutzt den der Arbeiterschaft aufgezwungenen Bußtag dazu, um für die Idee des Arbeitersportgedankens zu werben. In der Turnhalle Hertzbergplatz gibt der Verein unter dem Motto: „Drei Stunden Bundes-Schule“ einen interessanten Querschnitt aus der Arbeiter-Sportbewegung. Die vom Veranstalter entsandten Kursisten zu den Bundeslehrgängen nach Leipzig werden auf breiter Grundlage versuchen, den Wert des Massen-Sports im allgemeinen und die vorzügliche Schulung für Spezial-Geräte im besonderen der werktätigen Bevölkerung zu demonstrieren.

Beginn der Veranstaltung pünktlich 3 Uhr. Alle Leser unseres Blattes, die in der Arbeiter-Sportbewegung noch nicht organisatorisch erfaßt worden sind, fordern wir hierdurch auf, zu uns zu kommen, um dadurch unsere Reihen noch mehr zu stärken.

Für jeden, ob jung, ob alt, ob groß, ob klein, ist Gelegenheit zur regelmäßigen Ausübung der Leibesübung in folgenden Übungsstätten gegeben:

Turnhalle Walter-Rathenau-Schule, Boddinstraße: Montag 20—22 Uhr Musterklasse; Dienstag 18—20 Uhr Mädchen; Dienstag 20 bis 22 Uhr Frauen über 25 Jahre; Donnerstag 20—22 Uhr Jungmädchen; Freitag 18—20 Uhr Knaben; Freitag 20—22 Uhr Männer.

Turnhalle Weisestraße: Mittwoch 20—22 Uhr Leichtathleten.

Wintersport: Jeden Freitag Auskunft Turnhalle Walter-Rathenau-Schule.

Fußball-Abteilung tagt jeden Freitag 19—22 Uhr im Lokal von Missing, Weisestraße Ecke Selchow Straße.

Wandläufer: Start jeden Sonntag 10 Uhr im Sportpark Neukölln Platz 2.

Tennis-Abt.: Alle Interessenten senden ihre Adresse an den Genossen Fritz Leuthoff, Berlin SO, Manteuffelstr. 46. Gute Plätze und Ausbildung stehen den Mitgliedern zweimal wöchentlich zur Verfügung.

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis monatlich . . . 2,40 RM einschl Bestellgebühr  
wöchentlich . . . 0,60 RM einschl Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl 36 Pf. Zustellgebühr

## BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

## Zentral THEATER

Ab Dienstag, den 17. bis einschl. Donnerstag, den 19. November / Auch **Beitrag**

Der deutsche Tonfilm

von den Schlachtfeldern Verduns

### Document

Der größte und gewaltigste aller bisher gezeigten Kriegsfilme

Im Beiprogramm:

**Die weiße Nacht**

Ein Spiel von Liebe, Schnee u. Skiern in 7 Akt, Auf der Bühne:

**4 Bräuwitz** mit vollständigem neuem Repertoire

## Haase Spezial-Ausschank

Gabitzstr. 22 (am Ende) Tel. 35251

das Familienlokal des Südens

Vereinszimmer und Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art

## Bettfedern-Verkauf

zu staunend billigen Preisen!

Reine Gänsefedern handgeschliffen Pfund **3.50, 4.50**

Allerbeste Sorte schneeweiß, daunig Pfund nur **5.50**

Schneeweiße Volldaunen Pfund nur **8.50**

**Josel Blumenfeld, Breslau**

Oderstr. 12, 1 Treppe / Telefon 53724

**Billigste Preise! Größte Auswahl!**

**Jeder Werktätige**

deckt seinen Bedarf nur im

**Fahrradhaus Sieg**

**Neumarkt 19**

neben Barasch

**Das leistungsfähigste Haus Breslaus**

• Einer Hausangehörigen 2400 Mark Ersparnisse entwendet. Einer in der Bauernstraße wohnhaften Hausangehörigen sind die gesamten Ersparnisse, welche nach ihren Angaben rund 2400 Mark betragen, entwendet worden. Das Geld bestand aus 150 Zwanzig- und Zehnmarkstücken, einigen Zehn- und Fünfmarkstücken in Gold (etwa 400 Mark) und einigen Markstücken. Sie immer hat auch in diesem Fall die Geldabgabe in sorgloser Weise ihr Hab und Gut zurückgelassen, indem sie die Zugangstür zur Wohnung trotz vorhandenen Sicherheitschloßes nicht abgeschlossen hat. Sie konnte überhaupt nicht angeben, ob sie ihre eigenen Räumlichkeiten verschlossen hat. Gerade in der heutigen Notzeit ist es Pflicht eines jeden Bürgers, sein Hab und Gut durch besondere Sicherheitsmaßnahmen zu schützen.

**Sicherste Anlage bei der**  
**Städtischen Sparkasse**  
**zu Breslau**

## Die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde

Im Dezember erscheint **Bd IV**  
**Das Programm der Revolution**  
zur Programmdebatte der SAZ von Anna Siemsen  
In Vorbereitung, **Bd. V**  
**Gewerkschaften im Klassenkampf**  
Preis für Mitglieder 3,— (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4.75.  
**Freie Verlagsgesellschaft**  
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernpark 57